Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 45,— Mk. Durch die Post monatl. 45,— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 300 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den zweigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 3 Mark | **Donnerstag, den 3. August 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 179**

Nationale statt proletarische Einheitsfront

Keine Hoffnung auf internationale Streichung der Schulden — Poincarés Politik der direkten Aktion gegen Deutschland — Der Dollar 860 — Burgfriede von der USPD. bis zu den Deutschnationalen

Durch die gepfefferte Drohnote Poincarés in der Frage der Ausgleichszahlungen und die Zirkularnote Englands an seine alliierten Schuldnermächte ist eine äußerst ernste Situation geschaffen. Deutschland steht in erhöhtem Maße vor den Gefahren vom 31. Mai. Die deutsche Regierung sieht sich nicht allein vor die Frage gestellt, ob sie die 40 Millionen Goldmark, die zum 15. August fällig sind, und die sie nicht zur Verfügung hat, zahlen will oder nicht, sondern es ist auch jede Hoffnung geschwunden, für die ferneren Zahlungen ein Moratorium zu erhalten. Damit tritt das ein, was die „Kreuzzeitung" schon vor dem Bekanntwerden der englischen Zirkularnote, daß es England ganz und gar unmöglich ist, die alliierten Schulden zu streichen, geschrieben hat. Das Blatt schrieb:

„Kommen die Dinge nicht dahin, daß England das Reparationsprogramm fest in die Hand bekommt, so ist der Ruin Deutschlands nicht aufzuhalten. Dann treiben die Dinge wirtschaftlich und finanziell in Deutschland, wie sie in Deutschösterreich und Polen . . . gegangen sind. Dann beginnt die entsetzliche wirtschaftliche Krise, wie in Deutschösterreich. In Deutschland vermutlich noch länger, weil die berühmten „stillen Reserven" der Volkswirtschaft in Deutschland viel größer sind. Und diese Krise wird ein unbeschreibliches Elend bringen."

Diese Perspektive eröffnet sich jetzt klar und unzweideutig. Und daß sich dieses Schicksal am werktätigen Volke Deutschlands erfüllt, das bestätigen heute schon die vorliegenden Meldungen, so sehr auch die bürgerliche und die sozialistische Presse bemüht ist, noch Hoffnung zu erwecken, als müsse die englische Zirkularnote die „stärkste Rückwirkung in Washington haben" und bei Amerika den Anstoß geben, seinen ablehnenden Standpunkt in der Frage der Streichung der alliierten Schulden aufzugeben. Wie wenig Berechtigung diese Hoffnung hat, das geht schon aus der folgenden Wolff-Meldung hervor:

London, 2. August. Eine Exchange-Meldung aus Washington besagt, die Hände des Präsidenten Harding seien gebunden, da eine Annullierung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten eines neuen Gesetzes bedürfen würde. Das Gesetz, betreffend die Errichtung der Schuldenfundierungskommission besage, daß jeder Dollar, der den Vereinigten Staaten geschuldet sei, zurückgezahlt werden müsse. Wenn die Regierung beabsichtigen würde, Verhandlungen bezüglich einer gegenseitigen Annullierung von Schulden aufzunehmen, so würde der Präsident den Kongreß ersuchen müssen, das gegenwärtige Gesetz abzuändern. Eine solche Tat würde auf politischen Selbstmord hinauslaufen. Dies sei eine Zusammenfassung des Urteils der offiziellen Kreise in Washington nach Eintreffen der Nachricht über die Balfour-Note. — Nach einer weiteren Exange-Meldung aus Neuyork sagte Senator Mc.Cumber, der Vorsitzende des Finanzausschusses: Großbritannien ist im Gegensatz zu seinen Schuldnern vollständig zahlungsfähig. Großbritannien bietet an, auf die Zahlungen durch beinahe bankrotte Schuldner zu verzichten, von denen es doch nichts erhalten würde. Wir werden niemals die Schulden annullieren. Eine solche Maßnahme würde nie vom Senat angenommen und niemals vom amerikanischen Volke gebilligt werden. Senator Watson, ein Mitglied des Finanzausschusses erklärte: Kein Vorschlag, unsere Ansprüche gegenüber England zu annullieren, würde vom Finanzausschuß des Senats in den nächsten hundert Jahren angenommen werden. Selbst wenn aber der Ausschuß zustimmen würde, würde ein solches Gesetz niemals vom Senat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gebilligt werden.

Wie die Stimmung der Imperialisten in Frankreich in der Frage der Schuldenstreichung ist, darüber gibt ein Artikel Pertinax' im „Echo de Paris" Aufschluß. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß Frankreich im Dezember 1922 30 Millionen Pfund Sterling, im Dezember 1923 ebenfalls 30 Millionen und den Rest im Dezember 1924 zu bezahlen hat. Pertinax gibt seiner Befriedigung über die englische Forderung Ausdruck, denn, wenn England die Rückzahlung der Schulden von Frankreich fordere, so sei nunmehr die Wolke zerstreut, die so lange den wirklichen Stand der Dinge verdunkelte. **Nunmehr habe Frankreich nichts anderes mehr zu tun, als gegenüber Deutschland eine energische Politik der direkten Aktion einzuleiten.**

Die direkte Aktion Frankreichs gegen Deutschland wird nach dem „Intransigeant" darin bestehen, daß als Zwangsmaßnahme zunächst zur Deckung der Ausgleichszahlungen zur Beschlagnahme des Besitzes einiger Großindustrieller im besetzten Rheinland oder des Besitzes deutscher Staatsangehöriger geschritten wird, die gegenwärtig in Elsaß-Lothringen wohnen. Hierzu sollen dann noch polizeiliche Besatzungsmaßnahmen im Ruhrgebiet kommen. Poincaré beabsichtigt also, der deutschen Wirtschaft die wichtigsten Produktionsmittel u. Produktionsstätten zu entreißen.

Die deutsche Regierung steht der Situation vollkommen ratlos gegenüber. Sie steht am Ende ihres Erfüllungslateins und weiß, daß sie damit vollständig bankrott gemacht hat. Nach dem heutigen „Vorwärts" trat die Regierung gestern in den Nachmittagsstunden zu einer Besprechung der französischen Note und im Zusammenhang hiermit zu einer Besprechung der Gesamtlage zusammen. Das Kabinett war übereinstimmend der Auffassung, **daß nach wie vor ein Grund zur Aenderung der Auffassung nicht bestehe und insofern eine Begleichung der französischen Forderungen nicht in Frage kommen könne.**

Inzwischen nimmt aber die Katastrophe des finanziellen Zusammenbruchs ihren Lauf. Der Dollar stand gestern nachweislich auf 860. Die Käufe der Industrie und des Finanzkapitals werden fortgesetzt und man wird morgen oder übermorgen mit einem Dollarkurs von 1000 rechnen müssen. Die Befürchtung Paul Levis, mit der er kürzlich die Unmöglichkeit einer Reichstagsauflösung mit der Parole der Arbeiterregierung begründete wird also auch ohne Neuwahlen morgen oder übermorgen Wirklichkeit sein.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen und bürgerlichen Zeitungen die Fortsetzung der Marktkatastrophe lediglich auf Konto der Noten Poincarés setzen. Sie wollen die tatsächlichen Ursachen vertuschen. Aber vergebens werden sie ihren Lesern plausibel machen können, daß durch eine bloße Drohung der französischen Regierung, die dieselben Blätter als durch die englische Note als unwirksam gemacht bezeichnen, eine neue Markentwertung von 25 Prozent ihres gestrigen Wertes und ein Steigen des Dollars um 150 Mark herbeigeführt werden kann. Die innern und außenpolitischen Gründe, die von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse angegeben werden, sind nur der Anstoß zum Steigen des Dollarkurses, aber nicht seine wichtigsten Ursachen. **Das deutsche Industrie- und Finanzkapital selbst treibt den Dollarkurs in diese schwindelhafte Höhe und entwertet die Mark durch die fortgesetzten Devisenkäufe.** Die Käufe dieser ausländischen Geldmittel werden nicht zu dem Zweck vorgenommen um die Rohstoffe und die Einfuhr von Lebensmitteln zu bezahlen, sondern zum überwiegenden Teil zu dem Zweck, **das Kapital aus Deutschland nach dem Ausland zu überführen,** die Vermögen der Kapitalisten vom Markkurs und von der Markentwertung unabhängig zu machen, um keine Steuern in Deutschland bezahlen zu müssen.

Die Mark ist am gestrigen Tage auf etwa ein Hundertachtzigstel ihres Friedenswertes gefallen. Eine Mark ist gegenwärtig 0,55 Friedenspfennige wert. **Die Arbeiterschaft hat allein durch den Marksturz von vorgestern auf gestern 25 Prozent ihres Reallohnes eingebüßt.** Schon vor Beginn des Marksturzes, vor dem 24. Juni, war die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf mehr als die Hälfte der Friedenshöhe gesunken. Eine weitere Verschlechterung, ein weiteres Sinken des Reallohnes, muß zur vollkommenen Verelendung und Aushungerung der Arbeiterschaft führen. Jeder Arbeiter empfindet es: So geht es nicht weiter, es muß etwas geschehen! Was sofort geschehen muß, das ist: **die Herausfetzung der Geldlöhne, um zum mindesten den Reallohnstand vom 24. Juni zu erreichen.** Sofortige Maßnahmen gegen die Devisenspekulation und zur Verhinderung der Kapitalflucht durch Kontrolle der Banken. Diese Maßnahmen, die eine momentane Besserung bringen können, beseitigen aber nicht das Uebel an seiner Wurzel. Die Arbeiterschaft kann nicht mehr länger ruhig zusehen, wie ihr durch die Spekulationen und Machenschaften der deutschen Kapitalisten Stunde um Stunde der Reallohn verkürzt wird. Die **Sachwerterfassung,** die Forderung der Arbeiterschaft seit Monaten, muß jetzt durchgeführt werden.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten dürfen freilich nicht damit rechnen, daß die Durchführung der einzig wirksamen Maßnahmen gegen ihre völlige Aushungerung und Verelendung mit Hilfe der sozialdemokratischen und unabhängigen Führer in Regierungskoalition und in den Gewerkschaften möglich sei. In der Stunde der höchsten Gefahr für das deutsche Proletariat denken diese Führer ebensowenig daran, den Kampf gegen die allein Schuldigen an dem Finanzelend aufzunehmen, wie sie in den ersten Augusttagen 1914 daran dachten, den Kampf in der geschlossenen Front des Proletariats gegen die Urheber des verbrecherischen Weltkrieges aufzunehmen. Wir schreiben heute den 3. August. Am 4. August 1914 wurde der Burgfriede und die Einheitsfront der Sozialdemokratie mit dem Bürgertum bis zu den alldeutschen Kriegshetzern und Kriegsverbrechern Wirklichkeit. Heute, acht Jahre später, gleicht die Situation der von 1914 aufs Haar. Damals drohte der schrecklichste aller Kriege mit allen seinen Begleiterscheinungen das Proletariat zu verschlingen, heute ist es der Finanzbankrott, der Hunger und ein Meer von Elend. Und was tun die sozialdemokratischen Führer: Heute, wie damals schicken sie sich an, **den Burgfrieden und die nationale Einheitsfront mit dem Bürgertum bis zu den deutschnationalen Arbeiter- und Ministermördern zu schließen,** um die kapitalistische „Ordnung" zu retten. Du glaubst es nicht Prolet? Hier die Bestätigung. WTB. meldet amtlich:

Berlin, 2. August. (Amtlich.) In der Reichskanzlei fand heute eine Besprechung statt zwischen dem Reichskanzler und den Fraktionsführern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Unabhängigen (!) über die politische Lage. In der Aussprache stimmten die Parteiführer mit der Regierung darin überein, daß die gespannte innere und äußere Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert.

Daß das der Burgfriede und die nationale Einheitsfront von der USPD. bis zu den Deutschnationalen ist, darüber ist kein Zweifel. In den nächsten Tagen wird das voll in Erscheinung treten.

Proletarier! Seht Euren Führern auf die Fäuste. **Die Situation erfordert den Kampf für Eure Rettung vor dem Hunger.** Er muß geführt werden gegen die Kapitalisten einig und geschlossen vom gesamten Proletariat. Die Kommunisten wollen diesen Kampf des Proletariats. Ihr habt jetzt zu wählen zwischen dem Burgfrieden schmählichen Angedenkens und dem proletarischen Klassenkampf in geschlossener Front. Die Wahl darf Euch nicht schwer sein!

Für wen das Proletariat hungert

Die Frage der sogenannten „Ausgleichszahlungen", wegen deren Nichtleistung Poincaré für den 5. August Sanktionen angekündigt hat, ist das erbärmlichste Kapitel der deutschen Erfüllungs- und Finanzpolitik, für die sich die Sozialdemokraten und Unabhängigen mitsamt den Gewerkschaftsführern noch immer mit aller Macht eingesetzt haben. Daß in der Frage der Ausgleichszahlungen das hungernde Proletariat für die Kapitalisten bezahlen muß, darauf haben wir bereits gestern hingewiesen. Heute führen wir einige französische und belgische Pressestimmen an, die den deutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten illustrieren, für wen sie zu verhungern haben:

Der „Temps" schreibt: **„Der deutsche Staat habe die Ausgleichszahlungen nicht zu leisten, sondern die deutschen Privatschuldner. Wenn der deutsche Staat die Kursdifferenzen, die durch die Entwertung eingetreten sind, seinen Landesangehörigen vergüte, so macht er damit den Leuten ein Geschenk, die gar kein Geschenk brauchten. Der deutsche Staat habe also sein Volk zugunsten dieser Bevorzugten geschädigt."**

„Independance Belge" führt aus: Die Wiedergutmachungsschulden stammen aus durch freien Willen eingegangenen Geschäften. Wenn die deutsche Regierung sich pflichtgemäß an die Gläubiger in den alliierten Ländern wenden würde und die Summen, die den Ausgleichsstellen zuzuführen sind, feststellen würde, wäre alles richtig. Ganz im Gegenteil hat aber das Reichsfinanzministerium sich für diese Schulden in Höhe von 97 Prozent eingesetzt. **Wenn ein deutscher Staatsangehöriger aus der Vorkriegszeit einem Belgier 125 000 Frank schuldet, dann zahlt das deutsche Schatzamt diese Summe und reklamiert von dem Schuldner nur 100 000 Mk., d. h. 2500 Frank. Es wird sich die Frage erheben, ob es die Wiedergutmachungskommission nicht für zweckmäßig hält, Deutschland dieses Verfahren zu untersagen.**

In der SPD- und USPD-Presse werden die Proleten vergeblich nach einer Aufklärung darüber suchen, um was es sich in Wirklichkeit bei den Ausgleichszahlungen handelt. Diese Presseorgane erblicken ihre Aufgabe darin, dem hungernden Proletariat die Tatsachen zu verschweigen und seine Interessen an die Kriegs- und Nachkriegsgewinnler zu verraten. Sie haben übrigens jetzt wieder dasselbe zu tun wie im Jahre 1914: Sie propagieren den Burgfrieden und die Einheitsfront von der USPD. bis zu den deutschnationalen Arbeiter- und Ministermördern.

Multiplikator

für Preise bis 200,— Mark, für Löhne bis 50,— Mark

Die neue gewaltige Preissteigerung hat die Kaufkraft des Lohnes wiederum gewaltig herabgesetzt. Lohnsteigerungen erfolgen nur zögernd und in viel zu geringem Maße. Vor einigen Tagen wurden die Kohlenpreise bedeutend erhöht. Die Grubenbesitzer forderten und erhielten auch Aufschläge für gesteigerte Materialkosten. Die Gruben- und Eisenwerke sind im allgemeinen im Besitz derselben Leute. Unmittelbar nach der Steigerung der Kohlenpreise setzten sie die Preise für Roheisen um durchschnittlich 30 Prozent hinauf. Wenige Tage darauf beschlossen sie eine neue Preiserhöhung um etwa 10 Prozent, — weil die Kokspreise gestiegen seien. Nun haben dieselben Leute die Preise für Walzwerkserzeugnisse um 40 Prozent erhöht. Die Stabeisenpreise bilden die Grund-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0001

lage für die Preise der übrigen Walzwerkserzeugnisse. Jetzt kostet die Tonne Roheisen 19 470 Mk., in der Vorkriegszeit 98 Mk. Der Preis ist mithin um das 200fache gesteigert worden. Hausbrandkohle (Briketts), die vor dem Kriege mit 85 bis 90 Pf. pro Zentner bezahlt wurde, kostet jetzt 110 Mk. Es ergibt sich eine Preissteigerung um das 120fache. Am Markte der Lebensmittel ist die jüngste starke Preiswelle noch nicht abgebebt. Nach dem Stande der augenblicklichen Preise machen wir folgende Aufstellung:

	Jetzt:	a. d. Kriege:	Multiplikator
Zucker, 1 Pfund	30,00 Mk.	0,20 Mk.	150
Kartoffeln, 1 Pfund	5,00 „	0,04 „	125
Schweinefleisch, 1 Pfund	100,00 „	0,80 „	125
Schlackwurst, 1 Pfund	160,00 „	1,20 „	130
gewöhnl. Wurst, 1 Pfund	90,00 „	0,60 „	150
Eier, 1 Stück	7,50 „	0,05 „	150

Unterstellen wir dazu, daß der Durchschnittsstundenlohn in der Vorkriegszeit 60 Pf. betrug, jetzt 30 Mk. für die Stunde gezahlt werden, dann ergibt sich als Multiplikator für den Lohn — 50. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß für Facharbeiter vor dem Kriege schon Stundenlöhne von 80 Pf. bis 1 Mk. gezahlt worden sind; andererseits die meisten Arbeiter jetzt noch keine 30 Mk. Stundenlohn erlangen. Es ergibt sich mithin, daß die Stundenlöhne mindestens verdoppelt werden müßten, um annähernd die bisherige Preissteigerung auszugleichen.

Dollar 824,74

Nachbörslich 860

Der Wert der deutschen Mark betrug am Mittwochabend in Neuyork 0,52 Friedenspfennige. Das entspricht einer Dollarbewertung mit 824,74 Mark (Geldkurs), während der Dollar am Mittwoch in Berlin amtlich 776,52 (Geldkurs) notierte.

London, 3. August.

„Evening Standard" schreibt: Der neue alarmierende Sturz der deutschen Mark in London auf 8450 Mark für ein Pfund Sterling ist eine Folge der französischen Androhung von Zwangsmaßnahmen. Später erreichte die Mark einen weiteren Tiefstand (8550 für das Pfund).

Kein Nachgeben Bayerns

Derchenfelds Antwort fertiggestellt — Regierungseintritt der Deutschnationalen

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 2. August.

Die Antwort Derchenfelds auf den Brief Eberts ist fertiggestellt und wird im Laufe des morgigen Tages dem Reichspräsidenten übergeben. Ueber den Inhalt wird angegeben, daß die bayrische Regierung erklären wird, ihre Verordnung so lange nicht zurückzunehmen, bis ihr nicht „die Gewähr" geboten wird, „daß die bayrischen Hoheitsrechte für Justiz und Polizei unangetastet bleiben". Außerdem verlangt Bayern die „Zusicherung", daß die Hoheitsrechte der Länder für alle Zukunft durch Verträge oder Gesetze so sichergestellt werden, daß ein Eingriff in diese ohne Zustimmung des betreffenden Landes unmöglich ist."

•

(Eigene Drahtmeldung.)

München, 3. August.

Es ist kein Zweifel mehr, daß die Deutschnationalen in die bayrische Regierung eintreten. Sie haben es jetzt sogar durch ihren außerparlamentarischen Druck erzwungen, daß sie zum mindesten einen Minister erhalten, und zwar wahrscheinlich den Justizminister-posten. Der Bayrische Bauernbund hat sich auch dafür erklärt.

•

Ein schöner Preis, den die Reichsregierung für Bayerns „Nachgeben" bezahlen muß: einmal vollständige Preisgabe der Schutzgesetze und zweitens volle Anerkennung, daß Bayern autonom sei und die Reichsregierung den Herren Kahr und Pöhner nichts preiszugeben habe.

Es ist zweifellos, daß die Reichsregierung in der oder ähnlicher Form nachgeben wird. Eine Kapitulation würde aber in diesem Augenblick, noch schärfer als früher die vollständige Auslieferung der Arbeiterschaft an Kahrbayern bedeuten. Die einsetzende Teuerung scheucht die Arbeiterschaft auf. Lohnbewegungen stehen bevor. Dazu das französische Ultimatum, das neue Sanktionen ankündigt. Bleibt Bayern in dieser Zeit weiter mobil ist seine Selbständigkeit unangetastet, dann ist es unausbleiblich, daß die Ludendorff und Hindenburg, die beide in München jetzt weilen — niemand wagte diese von uns gebrachte Meldung zu bringen oder gar zu dementieren — mit ihrem Stab einlesen, wenn auch die geminderte Abwehrbewegung der deutschen Arbeiterschaft beginnt.

Die Arbeiterschaft, die diese Gefahren erkennt, verlangt von den politischen Parteien und Gewerkschaften entschlossene Maßnahmen. Schrecken diese Körperschaften davor zurück, dann fällt auf sie die Verantwortung für alle Folgen, die in Kürze schon sich einstellen müssen!

•

Wie Orgeschbayern entstand

Notwendige Erinnerungen

Einst zog die deutsche Reichswehrmacht gegen Bayern, gegen München. Das war im April 1919 als der damalige bayrische Ministerpräsident Hoffmann, der Mehrheitssozialist, beitelnd in Berlin bei Noske um Hilfe gegen die Räterepublik flehte. Gnädig gewährte Noske die erbetene Hilfe mit den Worten: „Mit den bayrischen Seitensprüngen ist es aber ein für allemal vorbei."

Dann zog ein Heer gegen München, gegen das rote proletarische München. Alle blutigen Bestien des alten Heeres wurden zusammengerufen, von den Baltikumern bis zu einigen Negern, um München im Blute zu ertränken. Damals haben die Sozialdemokraten alles mobilgemacht, um die Revolution niederzuknüppeln. In allen großen Städten prankten Aufrufe, welche die organisierten Arbeiter unter den verlogensten Darstellungen zum bewaffneten Kampfe gegen München aufforderten. Am Völkerfeiertag, am roten 1. Mai, zogen die Weißen Banden in München ein, begleitet von führenden Sozialdemokraten. Stand- und Kriegsgericht wurde verhängt, Hunderte — nein, Tausende der besten Revolutionäre, wurden, obwohl waffenlos, gemordet, gemetzelt, von blutgierigen Bestien wie tolle Hunde niedergemacht.

Und als das rote München im Blute erstickt war, telegraphiert der große Noske an den General v. Oren:

„Für die umsichtige und erfolgreiche Leitung der Operationen in München spreche ich Ihnen meine volle Anerkennung aus und der Truppe herzlichsten Dank für ihre Leistung.

Der Oberbefehlshaber.
Noske, Reichswehrminister.

Dieses Telegramm entfachte den Blutrausch der Weißen Mörder aufs neue. Um ihrem „obersten Kriegsherrn" zu Willen zu sein, wurden noch einige hundert unschuldig gefangene Männer und Frauen wehrlos ermordet, bis der „Irrtum" mit dem Mord der 21 katholischen Gesellenvereinsmitglieder, die man für Spartakisten gehalten hatte, den Bann brach.

Das war der Feldzug gegen das rote München, gegen mehrheitssozialistische und USPD.-Arbeiter, welche, von ihren Führern gerufen, für die Räterepublik kämpften. Denn nicht die Kommunisten hatten die Münchner Räterepublik ausgerufen, sondern als erster, der damalige Mehrheitssozialist, heutige Unabhängige Niekisch, der Mehrheitssozialist Schneppenhorst, die Anarchisten Landauer, Sylvio Gesell und Mühsam und die Unabhängigen Toller, Klingelhöfer usw. Der feige Mord des jungen Gräfleins Arco an Eisner hatte die Gemüter der Arbeiter genau so in Erregung gebracht, wie letzthin bei den Schüssen auf Erzberger und Rathenau. Nur wollten die Arbeiter es bei starken Worten bewenden lassen, sondern die aufkeimende Reaktion mit Stumpf und Stiel ausrotten. Die lautesten Schreier waren genau wie beim Rathenaumord Mehrheitssozialisten und USPDer. Gegen ihre Ueberzeugung folgten die Kommunisten dem Rufe der Arbeiter nach der Räterepublik, wohl wissend, daß sie bei der ersten wirklichen Gefahr allein stehen würden. Und wirklich, noch standen die Weißen Truppen nicht vor München, als der Dichter-Kommandant Toller seinen „Adjutanten" zwecks friedlicher Verhandlungen an die Weißen sandte und seine Unterwerfung anbot.

Heute bejammern dieselben Leute den „edlen" Dichter Toller und der „Vorwärts", der das rote München begeiferte, schlägt Purzelbäume der Entrüstung, nicht, weil in bayrischen Festungen noch Proletarier sitzen, sondern ein unklarer, ehrgeiziger Dichterjüngling in Versen schluchzt.

So ist Orgesch-Bayern groß geworden. An seiner Wiege standen Noske, Hoffmann und Schneppenhorst, drei Mehrheitssozialisten als Taufpaten. Orgesch-Bayern zuliebe wurde der edle Eugen Levinee hingemordet. Doch kaum waren die Weißen als Sieger in München eingezogen, war es aus mit der Herrschaft der Sozialdemokraten. Und als der Tag fährte, an dem einst Hoffmann mit Möhl und v. Oren in München einritten, war dieser selbe Hoffmann bei Nacht und Nebel davon, geflohen, vor denselben Weißgardisten geflohen, die er einst zur Hilfe gegen die Kommunisten von Noske erbettelte. Heute ist München durch die Schuld der Sozialdemokraten der Brutherd der Reaktion. Jeden Tag können in München die Trommeln dröhnen, welche die Orgesch- und Ehrhardtkompagnien zum Sturm gegen die Republik rufen. Jeder Tag macht die Reaktion in Bayern stärker. Mit mathematischer Genauigkeit haben es Kommunisten den Sozialdemokraten vorgerechnet, was kommen wird.

Was nun? Werden gegen das auflehnende, reaktionäre Bayern auch die Sozialdemokraten zum Kampfe aufrufen?

Werden sie den Wirtschaftsboykott beschließen, wie einmal als Farce gegen Ungarn?

Die Mehrheitssozialisten und auch die unabhängigen Führer scheuen den Kampf. Sie wissen, daß hinter dem Zug gegen Bayern der Bürgertrieb droht, der, einmal entfesselt, alle Träume von „Demokratie" und „friedlicher Erstarkung" über den Haufen wirft, denn des Bürgertums stille Hoffnung ist München. Nicht allein in Bayern, sondern vom Rhein bis zur Elbe sind alle geheimen Organisationen München untertänig. Und die Reichswehr wird vielleicht nur nach München ziehen, um, mit den Ehrhardtleuten verbündet, Kehrt zu machen, mit der Front gegen die Republik.

Die Reaktion steht zum Sprung bereit. Wer zuerst den Gegner bei der Kehle hat, bleibt Sieger.

Bayrischer Kurs in Württemberg

(Eigene Drahtmeldung.)

Stuttgart, 2. August.

In der gestrigen Sitzung des Landtags hat das Bürgertum — Republikaner und Monarchisten traut vereint — die Immunität unseres Genossen Schneck, des verantwortlichen Redakteurs der „Südd. Arb.-Ztg.", aufgehoben.

Der Landtag hat weiter eine weitere schwere Belastung der arbeitenden Bevölkerung beschlossen. Das veränderte Wohnungsabgabengesetz, das die Mietpreise katastrophal in die Höhe treiben wird, ist angenommen worden. Die Kommunisten haben die Zustimmung zu dieser neuen Belastung der arbeitenden Bevölkerung abgelehnt. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben diesem Gesetz zugestimmt.

Die Sozialdemokraten wollen nicht, daß die Aermsten der Armen von der Wohnungsabgabe befreit werden. Sie belasten auch noch die Kriegs- und Sozialrentner ohne Vermögen mit dieser Abgabe. Die Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß die arbeitende Bevölkerung die Wohnungsabgabe sehr leicht rückwirkend ab 1. April bezahlen kann. Sie kennen anscheinend nicht die Not, die in den Arbeiterfamilien herrscht, oder aber sie wollen sie nicht kennen — die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft liegt ihnen mehr am Herzen, als das Schicksal der Arbeiterschaft. Den kommunistischen Antrag, die erhöhte Abgabe erst vom 1. Oktober an zu erheben, haben sie deshalb abgelehnt.

Die Sozialdemokraten wollen nicht die Erfassung und Beschlagnahme des großen Haus- und Grundbesitzes. Sie wollen nicht die Unschädlichmachung der Baustoffspekulanten und Schieber. Sie wollen auch nicht die Ausquartierung von kleinen Familien aus übergroßen Wohnungen oder deren Beschränkung.

Sie wollen aber, daß die produktiv tätige Bevölkerung in elenden Löchern moralisch und körperlich verkommt. Die Sozialdemokratie hat mit der Interessenvertretung des Proletariats nichts mehr gemein. Sie ist unlösbar mit der Bourgeoisie — mit deren kapitalistischem Wiederaufbau verbunden.

Das Zentrum schiebt den Wagen!

(Eigene Drahtmeldung.)

Münster, 2. August.

Man muß wissen, daß hinter der Bayrischen Volkspartei die Regie des ultramontanen Klerus steht. Der Zentrumsführer Marx sprach in einer Versammlung in Münster über die politische Lage. Reichlich spendete er dem Herrn Fritz Ebert Lob für sein geschicktes Verhalten in dem Konflikt mit Bayern. Daraus kann man schließen, daß Herr Marx an den „Entscheidungen" Eberts nicht ganz unbeteiligt war und an den weiteren Entscheidungen nicht unbeteiligt sein wird. Vor seinen Zuhörern reduzierte der Zentrumsdirigent den ganzen Konflikt auf die Frage, ob die Kriminalpolizei bei der Verfolgung von Mördern an den Landesgrenzen Halt machen müsse. So werden die Zentrumswähler informiert.

•

Die Rolle, die das Zentrum in der Angelegenheit Bayern kontra Reich spielt, ist nun so durchsichtig geworden, daß man ebenso wie bei der Getreideumlage und beim sogenannten Schutzgesetz sagen kann: das Zentrum schiebt den Wagen. Was die Orgesch in Bayern macht, kann sie nur mit Genehmigung des Zentrums vollbringen oder unterlassen. Nicht die Deutsche Volkspartei, sondern das Zentrum, die Partei der Ultramontanen mit ihrem bayrischen Ableger ist die größere Gefahr für die deutsche Arbeiterschaft.

Die internationale Streikbrechergarde

Aus Mecklenburg wird uns berichtet:

„Im Bezirk sind augenblicklich etwa 1000 holländische und österreichische Studenten untergebracht. Die Regierung (an deren Spitze ein Sozialdemokrat steht) hat hierzu die Genehmigung erteilt mit der Begründung, daß es sich um „Studierende" handelt, die ihre Ferienzeit dazu benutzen wollen, die Landwirtschaft in Mecklenburg kennen zu lernen. (!) Ebenfalls sind augenblicklich im südöstlichen Mecklenburg zahlreiche deutsche Studenten untergebracht. Die Organisierung und Unterbringung geschieht durch einen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten. Es handelt sich hier um die Unterbringung zahlreicher Streikbrecher, weil man mit der Möglichkeit eines Streikausbruches rechnet. In der Nähe von Warem befinden sich etwa 15 Güter, die im Besitze des bekannten Gasmaskenfabrikanten Koppel, Berlin, sind. Hier ist auch der Herd der Streikbrecherorganisation. Unweit davon, und zwar in Neu-Brandenburg, ist jetzt der Sitz des Organisators der Hubertus, der vor etwa 14 Tagen von Krakow nach dort versetzt wurde.

Anläßlich des Eintreffens zahlreicher Studenten kam es auf den Koppelschen Gütern zu folgendem Vorfall: In Ankershagen nahmen am 19. Juli die Landarbeiter Stellung zu dem gemeldeten Eintreffen zahlreicher Studenten. Als am 20. Juli dieses Gesindel eintraf, traten die Arbeiter in den Streik. Der Kreisleiter Stöcker des DVM. versuchte in Gemeinschaft mit dem SPD.-Regierungsrat Detloff die Sache abzuwürgen, was jedoch nicht gelang. Hierbei bezog der provozierende Inspektor eine Tracht Prügel. Die Landarbeiter gaben den Studenten den Rat, sich möglichst rasch zu verdutzen. Das Beispiel mit dem Inspektor bewirkte auch, daß sie die Koffer nahmen und verschwanden. Viez große Kisten, welche sie mitbrachten, ließen sie zunächst zurück. Die Arbeiter telephonierten der Gendarmerie zur Untersuchung dieser Kisten. Als die Gendarmen nach zwei Tagen eintrafen, waren zwei Kisten verschwunden, die zurückgebliebenen zwei waren gefüllt mit Fechtsäbeln. Die Arbeiter vermuten, daß in den verschwundenen zwei Kisten scharfe Munition und Schießwaffen enthalten waren. Die Regierung tat nichts, um diese beiden Kisten aufzufinden."

Arbeiter, Eure Aufgabe ist es, dem reaktionären Gesindel das Handwerk zu legen!

Schutz und Trutz

(Eigene Drahtmeldung.)

Rostock, 3. August.

In Rostock fand vor der Strafkammer eine Verhandlung gegen den Genossen Jungblut statt. J. soll am 20. April anläßlich einer Demonstration das Mitglied der Mordorganisation „Schutz- und Trutzbund", den Untersuchungsrichter Dr. Schütze, beleidigt haben und wurde bekanntlich Anfang Mai deswegen zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die republikanische Staatsanwaltschaft hielt es für ihre Pflicht, dem Hakenkreuzler Dr. Schütze eine weitergehende Genugtuung zu verschaffen und legte gegen das Urteil Berufung ein. Obgleich die Zeugen nichts Bestimmtes zu sagen wußten, beantragte der Staatsanwalt, die Strafe von 300 Mk. auf 1500 Mk. zu erhöhen. Das Gericht schloß sich dem Vorschlag der Staatsanwaltschaft an. Genosse Jungblut wurde zu 1500 Mk. bzw. 20 Tage Gefängnis verurteilt.

Ludendorff

Herr Ludendorff, der Kriegsmann ohne handwerksmäßige Beschäftigung, empfiehlt sich der Reihe nach bei den verschiedenen Großmächten als General eines Söldnerheeres, mit dem er das vor vier Jahren abgebrochene Massenmorden und Massenverwüsten erneut aufnehmen will. Diesmal heißt die Parole aber nicht: Wider den Zarismus, diesmal sollen die deutschen Helden unter der Führung Hindenburgs und Ludendorffs kämpfen unter der Parole: Für den Zarismus.

Bei seinen verschiedenen Interviews predigt Herr Ludendorff einen Kreuzzug wider den Bolschewismus. Als Unternehmer des heiligen Krieges für den westeuropäischen Kapitalismus will der General z. D. Frankreich, England und Deutschland und auch die Vereinigten Staaten in eine Front bringen, die zu kommandieren er sich empfiehlt.

In all den Selbstanpreisungen Ludendorffs und seinen antibolschewistischen Tiraden kehrt immer ein Gedanke wieder, den Ludendorff schon vor 6½ Jahren ganz präzise Ausdruck gegeben hat. Seine Ansichten über die weltgeschichtliche Rolle der Deutschen gab er dahin Ausdruck: das Volk der Zukunft sind die Slawen, sie vereinigen alle Eigenschaften und Vorbedingungen in ihrem Lande, die sie zur Weltherrschaft prädestinieren. Mit Ausnahme der Deutschen haben alle westeuropäischen Völker den Höhepunkt bereits überschritten. Bevor die Slawen die Herrschaft antreten, hat das deutsche Volk noch eine Periode der Beherrschung Europas vor sich. Darum kommt es jetzt darauf an, nun Rußland in die Hand zu bekommen und dadurch die übrigen Staaten in Abhängigkeit von Deutschland zu bringen.

Man sieht, der Traum von der Weltherrschaft Deutschlands ist noch nicht ausgeträumt.

Die deutsch-russischen Verhandlungen

WTB. Berlin, 2. August.

Der Reichspräsident empfing heute mittag den bevollmächtigten Vertreter und Botschafter der russischen Regierung, Krestinski, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Bei dem Empfang war Reichskanzler Dr. Wirth als Leiter des Auswärtigen Amtes zugegen. Botschafter Krestinski führte in seiner Ansprache unter Hinweis auf den Vertrag von Rapallo aus, daß die Wiederherstellung der früheren regen Handelsbeziehungen im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues beider Länder notwendig erscheine. Als weiterer Schritt auf dem Wege der Förderung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen wäre der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland und den ihm verbündeten Republiken wünschenswert. Der Botschafter schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche für das Gedeihen der deutschen Republik und das Wohlergehen des deutschen Volkes.

Der Reichspräsident betonte in seiner Erwiderung das aufrichtige Bestreben der deutschen Regierung, den wirtschaftlichen Aufbau der beiden Länder nach Kräften zu fördern. Der Vertrag von Rapallo, der nur friedlichen Zwecken diene, entspringe der gleichen Erkenntnis. In diesen Bestrebungen, die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu festigen, könne Rußland der Unterstützung der deutschen Regierung versichert sein. Es sei aber notwendig, hierbei die in Deutschland herrschenden Wirtschaftsverhältnisse zu berücksichtigen. Mit dem Dank für die Wünsche Krestinskis schloß der Reichspräsident seine Rede.

Ausland

Rußlandfresser Vandervelde ausgepfiffen

Paris, 3. August.

Der Rechtssozialist und ehemalige Minister Vandervelde sollte gestern in Toulon (Südfrankreich) über die Notwendigkeit der Einheit aller Sozialisten sprechen. Als er aber sein Referat dazu benutzte, um Rußland anzuklagen und die Sozialrevolutionäre anzupreisen, erhob sich ein derartiger Tumult, daß er nicht weiter sprechen konnte und die Versammlung geschlossen werden mußte.

Der italienische Generalstreik

Rom, 3. August.

Der italienische Generalstreik hält sich entgegen aller bürgerlichen Meldungen und trotz des sozialdemokratischen Verrates immer noch. Genua streikt vollständig, Mailand und Turin nahezu. In Florenz und Neapel ist der Streik gescheitert. In Rom ist Teilstreik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0002

Markkatastrophe und Kapitalflucht

Die Markkatastrophe der letzten Tage ist ein noch nie dagewesenes Schauspiel. Noch zu keiner Zeit ist die Entwertung der Mark in so kurzer Zeit so schnell vor sich gegangen. Nach dem Scheitern der Pariser Anleihenverhandlungen blieb der Dollarkurs Mark eine Zeitlang mit 300 konstant. Den äußeren Anstoß zu dem neuen Marksturz gab die Ermordung Rathenaus am 24. Juni. Tag für Tag fiel nun die Mark und der Dollarkurs stieg bis auf 550. Dann trat eine gewisse Beruhigung ein, der Kurs ermäßigte sich auf 420, um Mitte Juli von neuem zu steigen und am 2. August seinen vorläufig höchsten Stand mit 745 zu erreichen. Die Mark ist also seit dem 24. Juni um etwas mehr als die Hälfte in ihrem Werte gesunken.

Der Marksturz und die Hausse der ausländischen Devisen ist in Deutschland keine neue Erscheinung mehr. Die Markentwertung vollzieht sich seit August 1914 fast ununterbrochen. Immer und immer wieder von neuem fällt der Wert der Mark in größeren oder kleineren Sprüngen.

Gewöhnlich haben wir folgendes Bild zu verzeichnen, daß ein plötzlicher Sturz der Mark eintritt, nach einer gewissen Zeit eine größere oder geringere Erholung des Kurses kommt und darauf der Markkurs eine gewisse Zeit lang gleich bleibt, aber auf einem Niveau, das beträchtlich unterhalb der vorhergehenden kurzen Stabilisierungsstufe liegt. Nach dieser kurzen Stabilisierung wiederholt sich derselbe Vorgang von neuem und die Entwertung der Mark schreitet auf diesem Wege manchmal schneller, manchmal langsamer, aber unaufhörlich, fort.

Der gegenwärtige Marksturz beherrscht natürlich das Interesse aller Bevölkerungsschichten. Die Sozialdemokraten beider Richtungen versuchen ihn auf die Ermordung Rathenaus, auf die politische Stellung der Rechtsparteien, auf die Haltung von Bayern zurückzuführen und versteigen sich manchmal sogar zu der Anschauung, daß die Markentwertung durch konterrevolutionäre Bankdirektoren mit Absicht herbeigeführt worden ist, um der Republik zu schaden und daß hier eine Abhilfe durch Verhaftung dieser Männer möglich ist. Die bürgerliche Presse wiederum versucht, die Ursache in der durch die Arbeiterdemonstrationen hervorgerufenen politischen Unsicherheit und in den neuen Reparationsverhandlungen, in der unnachgiebigen Haltung der französischen Regierung zu finden.

Die von diesen Seiten angegebenen Ursachen sind aber nur nebensächliche, nicht die wesentlichen Ursachen der neuen Markkatastrophe. Daß die Sozialdemokratie in ihrem schwächlichen und unkonsequenten Kampfe gegen die Reaktion sich solcher Argumente bedienen will, ist ebenso einleuchtend, als daß die deutsche Bourgeoisie die wahren Gründe verheimlichen will.

Es ist ganz selbstverständlich und bleibt unwidersprochen, daß die Reparationsverpflichtungen die Zahlungsbilanz Deutschlands verschlechtern, daß durch die notwendigen Ankäufe von fremden Devisen für die Reparationsbarzahlungen eine Verschlechterung des Markkurses herbeigeführt wird. Die Zahlungsbilanz Deutschlands hat sich nicht nur infolge der Reparationsbarzahlungen verschlechtert, sondern auch infolge des Verlustes an Einkommen aus dem Ausland aus Schiffsraten, Kolonien und Beteiligungen und infolge des Verlustes von 70 Prozent der Erzproduktion, 30 Prozent der Kohlenproduktion und der hieraus folgernden erhöhten Einfuhr von Rohstoffen. Die deutsche Zahlungsbilanz wird weiter dadurch belastet, daß die Produktion der Landwirtschaft infolge der Produktionssabotage der Junker abgenommen hat, daß etwa nur drei Fünftel der notwendigen Lebensmittel und zwei Drittel der Futtermittel in Deutschland selbst erzeugt werden und trotz des Unterkonsums der Arbeiterschaft Lebensmittel in großen Mengen eingeführt werden müssen.

Alle diese Momente spielen bei der Markentwertung eine große Rolle, aber nicht die ausschlaggebende. Auch die Erhöhung des Banknotenumlaufs allein wäre nicht imstande, die Markentwertung in dem gegebenen Umfang herbeizuführen. Mindestens den gleichen Anteil wie alle anderen Faktoren zusammen hat der Kapitalexport und die Kapitalflucht der deutschen Finanz- und Industriekapitalisten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß aus Deutschland Monat für Monat Kapital nach dem Ausland ausgeführt wird. Es werden nicht nur ausländische Devisen angekauft für die Beschaffung von Rohstoffen, für die Bezahlung der Fälligkeiten und der Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag, sondern außerdem werden große Mengen deutschen Kapitals ausgeführt. Während noch bis vor kurzem von allen Seiten diese Tatsache als nicht bestehend geleugnet wurde, finden wir heute vereinzelte Mitteilungen über diese Kapitalausfuhr. Die „Frankfurter Zeitung" z. B. führt in einem Artikel über die Markentwertung Kapitalexport und Kapitalflucht als ein wesentliches Moment an. Das „Berliner Tageblatt" schätzt die bisherige Kapitalausfuhr auf mehrere Milliarden Goldmark.

Der Kapitalexport aus Deutschland vollzieht sich auf die verschiedenste Art und Weise. Er vollzieht sich unter Hilfe der Banken zum größten Teil nach der Schweiz und nach Holland. Er wird ermöglicht durch Beteiligungen an schweizerischen Gesellschaften, durch welche das Geld ohne Wissen der deutschen Finanzbehörden nach der Schweiz gebracht werden kann. Er wird begünstigt durch die heute allgemein übliche Anlage von Geld und Effekten bei den Banken unter einem ausländischen Namen oder dem Namen einer ausländischen Firma. Diese Maßnahme wird getroffen, um die Steuern nicht bezahlen zu müssen und um die Ueberführung des Kapitals nach dem Ausland zu erleichtern.

Die hauptsächlich durch die Kapitalausfuhr hervorgerufene Markentwertung erhält der deutschen Industrie die Konkurrenzfähigkeit, verringert die Produktionskosten, senkt den Reallohn der Arbeiterschaft. Die deutsche Industrie zieht daher aus jeder neuen Markentwertung neue Extraprofite.

Aber trotzdem die Markentwertung eine Scheinkonjunktur mit sich bringt, bedeutet sie doch eine große Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben. Die Staatsfinanzen geraten in vollkommene Unordnung. Die Papiergeldflut und Verschuldung des Reiches, der Länder und der Städte wächst ins Uferlose. Die Rohstoffbeschaffung durch ausländische Devisen wird immer schwieriger. Die Teuerung wächst immer mehr. Die Schwierigkeiten des Reparationsproblems werden durch den neuen Marksturz weiter vergrößert. Die Regierung muß sich außerstande erklären, die Goldzahlungen in dem gefordertem Maße zu leisten. Die Zahlungsunmöglichkeit bedeutet aber die Einführung einer noch schärferen Finanzkontrolle für Deutschland, das Ende der deutschen Finanzhoheit und damit die Erschwerung oder Verhinderung aller Maßnahmen, die zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft führen könnten.

Am schwersten werden aber durch die Markkatastrophe die Arbeiter betroffen. Jede Senkung des Markkurses bedeutet einen Verlust am Reallohn. Durch die Markentwertung innerhalb der letzten fünf Wochen ist der Wert der Mark auf die Hälfte gesunken und mit ihm im gleichen Verhältnis der Reallohn der Arbeiterschaft. Keiner Arbeiterkategorie ist es bisher gelungen, gegen diesen indirekten Lohnabbau erfolgreich zu kämpfen und den Lohnausfall durch Geldlohnerhöhungen wieder einzubringen. Die Mark 0,6 Pfennige gefallen, die Arbeiterlöhne sind durchschnittlich nur auf ein Hundertsechzigstel ihres Friedenswertes, auf etwa etwa um das 40fache erhöht worden.

Die Arbeiter also sind es in erster Linie, die die Geschäfte, die das deutsche Kapital bei der Markentwertung macht, bezahlen müssen. Die Arbeiter sind es, die heute unter der Entwertung der aller Markentwertung und Scheinkonjunktur doch kommt, durch die Arbeitslosigkeit am meisten getroffen sein werden, während die Kapitalisten im Besitze ihrer ausländischen Guthaben und Beteiligungen die Stillegung eines Teiles der deutschen Produktion gut ertragen und überdauern können. Für die Arbeiterschaft gilt es also, nicht nur den Kampf gegen die Teuerung, gegen die teilweise weitere Verelendung aufzunehmen, sondern auch im Hinblick auf die kommende wirtschaftliche Lage alle Maßnahmen zu treffen, um der drohenden Krise vorzubeugen.

Die erste Frage für die Arbeiterschaft wird sein, wie die Kapitalflucht verhindert werden kann, wie die Fortsetzung der Entwertung der Mark durch Devisenspekulationen und Kapitalausfuhr hintangehalten wird. Die Arbeiterschaft wird sofort Maßnahmen gegen die Devisenspekulation, gegen die Kapitalflucht fordern und durchsetzen müssen. Sie wird aber wissen, daß eine vollständige Verhinderung dieser Erscheinung innerhalb der heutigen Wirtschaftsform nicht möglich ist, sondern daß dies und die Verhinderung des Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft nur durch weitergehende, tiefergreifende Maßnahmen erfolgen kann. Die deutsche Arbeiterschaft hat in ihrer überwiegenden Mehrzahl zum Ausdruck gebracht, daß sie es als den ersten Schritt, als die erste Maßnahme gegen die weitere Verelendung und für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Sachwerterfassung ansieht.

Mehr denn je gilt es, diese Forderungen, die vom ADGB. aufgestellt und von dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig bestätigt wurde, im Kampf gegen das deutsche Kapital durchzusetzen. Jeder Arbeiter wird die Markentwertung in Form der Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände in den nächsten Tagen zu spüren bekommen. Jeder Arbeiter kann sich aus bürgerlichen Berichten und von bürgerlichen Sachverständigen darüber belehren lassen, daß ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, Absatzkrise und Arbeitslosigkeit bevorsteht. Jeder Arbeiter muß daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß eine Rettung nur durch sofortige und energische Maßnahmen möglich ist, daß aber diese Maßnahmen, die gegen das Interesse des deutschen Kapitals verstoßen, nur im Kampf gegen das Kapital und bei Aufgabe der Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik möglich ist.

So leben die Schlemmer. Ein Nachtbetrieb in der Lützowstraße in Berlin wurde von der Polizei ausgehoben. 20 Personen, die sich nicht genügend ausweisen konnten, mußten den Weg zur Wache antreten, drei von ihnen übergab man dem Polizeipräsidium. Für eine Flasche deutschen Sekt wurden 1000 Mk. verlangt und bezahlt. — So leben diese elenden Schlemmer und Schieber, während arme Proletarierfrauen nicht wissen, wo sie das Brot für ihre hungernden Kinderchen hernehmen sollen. Man hätte diese 20 Lumpen ins Arbeitshaus schicken sollen.

Ausland

Der Krieg um Kleinasien

EE. Konstantinopel, 2. August.

Aus türkischer Quelle verlautet, daß die Griechen mit der Konzentration ihrer Truppen an den Küsten des Schwarzen Meeres fortfahren. 10 000 griechische Soldaten sind bereits dort eingetroffen. Zwei griechische Torpedoboote, von neun Transportschiffen und einem Hospitalschiff begleitet, werden aus dem Bosporus in das Schwarze Meer abgehen.

Die Alliierten haben in einer Note das Verlangen Griechenlands auf Besetzung Konstantinopels zurückgewiesen. England hat sich diesem Protest formell ebenfalls angeschlossen, was aber keinesfalls bedeutet, daß die Unterstützung des griechischen Unternehmens von englischer Seite ausbleiben wird. Ist doch der griechisch-türkische Konflikt ein französisch-englischer Krieg um die Küstengebiete des Bosporus. Griechenland betritt nach dieser Note der Alliierten den Weg der „Autonomieerklärungen". Die Autonomie Smyrnas wurde bereits proklamiert und die Joniens steht unmittelbar bevor. Gegen diese Autonomieerklärungen, welche in einer verhüllten Form die Fortführung des griechisch-türkischen Krieges bedeuten, wird sich wohl Frankreich, aber keinesfalls England wehren.

Trotzki über die Konferenzen in Genua und Haag

Moskau, 31. Juli (Rosta-Wien).

Im Verlaufe einer Unterredung mit einem italienischen Journalisten erklärte Trotzki, daß die Konferenzen von Genua und dem Haag den Beweis erbracht hätten, daß die bisherige **Gewaltpolitik** fortgesetzt wird. Die derzeitigen Regierungen der europäischen Staaten denken gar nicht ernstlich an die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern. Eine Folge der Ergebnislosigkeit der Konferenzen von Genua und dem Haag werde eine **chronische Wirtschaftskrise** in den Ländern Europas sein. Es wäre sehr schön, wenn die Nachbarn Rußlands sich an das im Haag abgeschlossene Uebereinkommen halten würden und sich von Angriffen gegen andere Staaten zurückhalten wollten. Leider sind aber die Anträge Sowjet-Rußlands bezüglich der Einschränkung der Rüstungen von den russischen Nachbarstaaten zurückgewiesen worden. Es bestehen daher gar keine Garantien, daß seitens der bürgerlichen Staaten nicht **doch ein Angriff gegen Sowjet-Rußland geplant** wird.

Vor dem Parteitag der italienischen Sozialdemokraten

Ein großer Teil der sozialistischen Organisationen Italiens hat bereits die Stellungnahme zum Parteitag festgelegt. Die Richtung Serratis hat ungefähr 14 000 Stimmen erhalten, die Reformisten 17 000, die Gruppe der 3. Internationale 4000. Serrati hat in der täglich zusammengeschrumpften Partei die Mehrheit verloren. Wenn auch die Ziffern noch nicht endgültig sind, so ist doch damit zu rechnen, daß ungefähr die Hälfte der Parteitags-Delegierten sich aus offenen Reformisten und Vertretern der Koalitionspolitik zusammensetzen. Die andere Hälfte wird aus Serrati-Anhängern und Freunden der 3. Internationale bestehen. Der rechte Flügel der Partei wird ohne Rücksicht auf Serrati seinen eigenen Weg gehen. Sollte die Serrati-Gruppe, die im Laufe eines Jahres etwa ½ ihrer Anhänger eingebüßt hat, versuchen, sich selbständig zu machen, so wird sie in wenigen Monaten sich verflüchtet haben. In Italien sind nur zwei Arbeiterparteien möglich: die revolutionäre der Kommunisten und die reformistische der Koalitionsfreunde.

In Spanien wird weiter gemordet

Nachdem eine Zeitlang die Terroristen in Spanien sich zurückgehalten hatten, setzt nun das Morden in Barcelona wieder ein. In der letzten Woche sind dort in der bekannten Weise sechs Attentate auf Arbeiter verübt worden, die den roten Gewerkschaften angehören. Die Mörder gehören den Terrorbanden des Generals Martinez Anibo an. Wahrscheinlich soll die Erbitterung des Proletariats über das marokkanische Abenteuer durch eine neue Terroraktion eingedämmt werden.

Deutsch-Oesterreich liefert politische Häftlinge an Horthy aus

(Von unserem Berichterstatter.)

Wien, 2. August.

Den Genossen Simon und Sel wurde gelungen, aus Ungarn zu fliehen und die österreichische Grenze zu überschreiten. In Bruck-Neudorf wurden sie von österreichischen Gendarmen verhaftet. Die deutsch-österreichischen Behörden erteilten den beiden Flüchtlingen zunächst 14 Tage Arrest, weil sie ohne Passierschein die Grenze überschritten hatten. Darauf wurden sie an die ungarischen Behörden ausgeliefert! Die maßgebende Partei in Deutsch-Oesterreich sind die Sozialdemokraten. Und diese Elemente wagen es, sich über den Prozeß der Sozialrevolutionäre zu entrüsten.

Der Generalstreik in Kärnten abgewürgt

Wie aus Wien gemeldet wird, ist es der sozialdemokratischen Leitung gelungen, den Generalstreik des Kärtner Proletariats abzubrechen. Die Arbeiter in Klagenfurt sind über das Verhalten der sozialdemokratischen Instanzen außerordentlich erbittert. Die deutsch-österreichische echt marxistische Sozialdemokratie hat sich wieder als Hort des Kapitals bewiesen.

Gewerkschaftsbewegung

Streikbrecher-Organisation

Wir können ein sauberes Stück Arbeit veröffentlichen, und zwar aus dem Lande der Ochsenköpfe, aus Mecklenburg:

VB 4695/32
Journal Nr. 883.

An den Vorstand der Güterabfertigung
Rostock (Hafen).

Sofort auf besonderem Bogen an mich zu melden:

1. Wieviel Bedienstete dort im Streikfalle arbeitswillig sind;
2. Welche Beamten und Anwärter (mit Namen angeben) bisher ausgebildet sind als Nothelfer, im Lokomotivführer-, Lotheizer-, Zugbegleiter-, Stellwerks- oder sonstigem Betriebsdienst, und
3. Welche Kosten entstanden sind.

Ferner ist mitzuteilen:

1. Wieviel Beamte für den Notbetrieb im Abfertigungsdienst dort erforderlich sind.
2. Wieviel hierzu aus eigenem Bestande gestellt werden.
3. Wieviel Bedienstete und welche Arbeiten ihnen überwiesen werden müssen.

Alle Angaben werden zweckmäßig in Form einer Uebersicht ohne besonderes Anschreiben eingesandt, die gleiche Meldung ist über Neuausbildungen dortiger Bediensteter am 10. jeden Monats an mich zu erstatten. Tel-Anzeige ist nötig.

Schwerin, den 21. Juli 1921.

Der Vorstand des Verkehrsbureaus.
gez. Feltin.

Pinkertons in Deutschland

Es mehren sich die Versuche, auch in Deutschland die Pinkertons, jene in Amerika berüchtigten Banden von Privatpolizisten, die mit Gummiknüppeln und anderen Kulturmitteln gegen streikende Arbeiter vorgehen, einzuführen. — So wird aus dem Barackenlager Oppau-Süd gemeldet, daß dort seit dem 29. Juli 1000 Bauarbeiter streiken. Sie verlangen u. a., daß die am Haupteingang aufgestellte Werkpolizei, also eben unsere Pinkertons, schleunigst abziehen soll, da die Arbeiterschaft nicht unter Polizeiaufsicht gestellt werden will.

Das sind nur die ersten Anfänge. Wenn die Arbeiter sich nicht energischer zur Wehr setzen, werden wir noch öfter über solche Versuche der Unternehmer berichten müssen.

Verlängerung der Arbeitszeit mit Genemigung der Gewerkschaften

Aus München wird gemeldet, daß in der dortigen Stadtratssitzung der Beschluß gefaßt wurde, vom 1. August an die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter auf wöchentlich 48 Stunden zu verlängern. Der Referent, der über die vorhergegangenen Beratungen zu berichten hatte, wies ausdrücklich darauf hin, daß die Gewerkschaften zu Verlängerung der Arbeitszeit ihre Genehmigung gegeben hätten. Der Beschluß wurde, da München eine sozialistische Mehrheit hat, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten gefaßt.

Landarbeiterstreik in Ostpreußen

(Von unserem Berichterstatter.)

Königsberg, 2. August.

Wie aus Ostpreußen berichtet wird, sind die Landarbeiter fast sämtlicher Güter des Kreises Johannisburg in den Streik getreten. Die Gutsbesitzer lehnten die berechtigten Lohnforderungen der Landarbeiter ab, gleichzeitig erheben sie ein Geschrei über die „Schädigung der gesamten Volksernährung". Die Landarbeiter Ostpreußens wissen, was die Junker und Großgrundbesitzer unter „Volksernährung" verstehen, nämlich ihren Geldsack. Die übrige ostpreußische Landarbeiterschaft steht bereit, an die Seite ihrer kämpfenden Genossen des Kreises Johannisburg zu treten.

Streik bei Wertheim. Bei A. Wertheim, dem größten Berliner Warenhause, sind sämtliche kaufmännischen Angestellten, die Handelsarbeiter und Handwerker in den Streik eingetreten. Die Firma hat ihre oft gerühmte soziale Fürsorge durch Entlassung von Betriebsräten beweisen wollen. Die Angestellten und Arbeiter aber haben dafür kein Verständnis.

Aussperrung im Bremer Baugewerbe. Wie die Unternehmer schon vorher ankündigten, haben sie in Bremen wegen eines Konfliktes mit den Zimmerern alle Bauarbeiter ausgesperrt. — Was wird das Gewerkschaftskartell auf diese neueste Provokation der Unternehmer antworten?

Tabakarbeiter-Verbandstag. Wir fordern alle Genossen und Genossinnen, die als Delegierte zum Tabakarbeiter-Verbandstag gewählt worden sind, auf, sich **am Sonntag, dem 6. August** d. J., vormittags 11 Uhr, in **Dresden-A., Jakobsgasse 15,** einzufinden.

Zentrale der KPD., Abt. Gewerkschaften.

Aus der Partei

Die erste Reichskonferenz der Bildungsobleute und Kursuslehrer der KPD.

findet am 6. und 7. August in Berlin, Rathaus, Königstraße, Zimmer 109, statt.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Abteilung Bildung: Hoernle; 2. Unsere wissenschaftlichen Wanderkurse: Duncker; 3. Einführungs- und Diskussionsabende, instruktive Konferenzen, Parteischule: Hoernle; 4. Die Kunst im Dienste kommunistischer Propaganda: Wittfogel; 5. Unsere Stellung zu den städtischen und freien Volkshochschulen: Rosenberg; 6. Bibliothekswesen und Literaturvertrieb: Wurm; 7. Aufgaben und Taktik der kommunistischen Elternbeiräte: Ausländer; 8. Kindergruppenarbeit und Jugendweihen: Wiesner. Die Tagung beginnt pünktlich 9 Uhr. Gäste, soweit Raum vorhanden, willkommen. Eintrittskarten zu haben im Sekretariat der KPD., Abteilung Bildung, Rosenthalerstraße 38 und Münzstraße 24, 3. Stock. Zentrale der KPD., Abteilung Bildung und Propaganda.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0003

Operetten-Theater.
3108 Allabendlich, 7½ Uhr.
mit Riesen-Lacherfolg:
Der größte Schlager der Saison:
„Der keusche Lebemann"
Schwank i. 3 Akten v. Arnold u. Bach
Kasse ab½10 (Tel. 8183) ununterbrod. geöffnet

Leipziger Straße 88.
Fernruf 1224.
Ab morgen, Freitag, den 4. August 1922:
Der hervorragende Film (6 Akte)
Der Roman der Christine von Herre
In riesengroßen Bildern werden die Leiden einer in einer qualvoll unglücklichen Ehe lebenden Frau geschildert.
Namen wie **Werner Krauß**, Sybille Morell, Agnes Straub, Jul. Falkenstein, **Paul Hartmann**, Lilla Grüning, Adele Sandrock bürgen für ein Filmwerk allerersten Ranges.
Vorführung: 4.40 6.50 9.10.
Der Bienenstich
Lustspiel in 3 Akten.
Sport- und Turn-Film des Turnfestes in Leipzig
Originalaufnahmen vom 1. Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

UT

Alte Promenade 11a.
Fernruf 5738.
Ab morgen, Freitag, den 4. August 1922:
Das große Doppelprogramm:
Tingeltangel
Eine glänzende, einwandfrei bearbeitete Publikums-Angelegenheit nennt das Berl. „12-Uhr-Mittagblatt" diesen neuen Großfilm (5 Akte). Dieser Film bietet eine abwechslungsreiche, dramatische, bis zum Schluß sich steigernde Handlung, eine künstlerische Darstellung, wie sie nur von allerersten Kräften gewährleistet wird, eine szenische Darstellung, die höchsten Lobes wert ist.
Vorführung: 4.00 6.30 9.10.
Manuela, die Frau ohne Nerven
Sensationelles Drama in 6 Akten.
Vorführung: 5.20 8.00.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr. 3110

Walhalla.
Dir. Josef Milos.
Heute, Donnerstag:
3 spannende Entscheidungskämpfe.
Urbanski — Macdonald (Polen) (Schottland)
Allum — u. d. Heydt (Nordd. Meister) (Mittelg. Meister)
Max Steinke — Schiele (Pommern) (Thüringen)
Alle Kämpfe d. äußerst Geschickten.
Vorher: 3106
Das glänzende neue Variete-Programm.

Ein Posten Arbeits-, Militär- u. Manchester-Hosen billig. Parkiewaren Magdeburger Str. 25 am Walhalla. *541

Gold-, Silber-, — Platin-Bruch Uhren Brennstifte, Zähne kauft A. Sparmann, Gr. Steinstraße 47, am Walhalla. 533

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Verbindungsstraße 14, Fernsprecher 1473. — Politischer Leiter: Wendt, Erster Sekretär: Bezirksleitung, Geschäftsstelle. Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

„Kommunistin", Nr. 15, ist eingetroffen.

Versammlungen.

Stadtbezirk Halle.

Bureau: Verbindungsstraße 14, Fernsprecher 1473. Geschäftsstelle: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikt 7a. Unsere Distriktsversammlung findet erst Freitag, den 4. August, in der Proletarischen Gesellschaft, abends 8 Uhr, statt. Die Funktionäre müssen auf alle Fälle erscheinen.

Distrikt 9 und 9a. Heute abend 8 Uhr zusammen im Rathaustunnel: Schmidt, Diedrichs Hof.

Distrikt 21. Heute, Donnerstag, im Distriktslokal: Vortrag: Die Rolle der KPD. in der Nationalrat Thüring.

Distrikt 13a. Distriktsversammlung, Freitag, den 4. August, abends 8 Uhr, bei Theile, Berliner Straße.

Distrikt 17. Distriktsversammlung findet am Freitag, den 4. August, abends 8 Uhr, in der „Sonne" statt.

Distrikt 21 (Südberg-Wörmlitz). Unsere Distriktsversammlung ist verschoben auf Donnerstag, den 10. August.

Genossen im Gemeinde- und Staatsarbeiter- und Fleischereiverband. Freitag, den 4. August, abends 7½ Uhr, in der „Produktion-Genossenschaft". Wichtige Besprechung. KPD.-Betriebsräte der städt. Betriebe müssen unbedingt erscheinen.

Halle-Saalkreis.

Döhlau. Freitag, 4. August, abds 8 Uhr, bei Dierlicke: **Mitgliederversammlung.** Sehr wichtige Tagesordnung.

Trebitz bei Könnern. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, bei Hopner: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch.

Zschorlau. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Mitgliederversammlung.**

Oneis. Sonntag, den 6. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Schutzgesetz der Republik oder Schandgesetz gegen die Arbeiterklasse. Referent: Genosse Bartmann (Halle).

Ellenburg. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, in der „Quelle": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Wittenberg.

Pretzsch a. d. E. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Karl Oertel.

Kreis Torgau.

Annaburg. Sonntag, den 6. August, abends 8 Uhr, bei Dege: **Mitgliederversammlung.** Die Mitglieder werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.

Kreis Merseburg.

Delitz a. B. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: **Mitglieder-Versammlung.** Referent: Genosse Lehrer Kukuk.

Kreis Weißenfels.

Wildschütz. Sonnabend, den 5. August, abends 7½ Uhr, bei Otto Lade: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum." Ref.: Gen. Eidermann (Halle).

Hohenmölsen. Sonntag, 6. August, nachmitt. 3 Uhr im Gasthof „Zum Bären" **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit d. Bürgertum". Referent: Genosse Rößzing (Halle).

Gröben-Runthal. Sonntag, 6. August, nachm. 4 Uhr, im Gasthof „Zur grünen Linde" in Untiverschen: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum". Referent: Genosse Eidermann (Halle).

Kreis Querfurt.

Mücheln. Sonntag, den 6. August abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" in Gebiete: **Mitglieder-Versammlung.** Eine Stunde vorher: **Vorstandssitzung.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Werbt für die Produkt.-Genossenschaft

Telephon 4263. **Anna Theuring** Telephon 4263.
nur Große Wallstraße 42
zahlt für 3116

Altpapier	Kilo 6 Mk.		Maschinenguß	Kilo 5 Mk.	
Bücher u. Zeitung.	Kilo 7 Mk.		Kupfer	Kilo 100 Mk.	
Lumpen	Kilo 5 Mk.		Messing	Kilo 50 Mk.	
Alt-Eisen	Kilo 4 Mk.		Blei und Zink	Kilo 35 Mk.	

Kostenlose Abholung.

Eisleben.

Luzerneklee (getrocknet), jeden Posten, auch vom übrigen Deputat, kaufen zu allerhöchsten Tagespreisen; auf Wunsch wird die Ware evtl. mit Gespann abgeholt.
Gebr. Gerhardt,
Eisleben, Petristraße 11/12,
Fouragehandlung. 465

?Wo?
kaufen Sie gut u. preisw. Uhren, Gold- u. Silberwar. Fugenlos. Trauringe Alpaka-Handtaschen, Medaillons usw.? Bei
Gottfr. Schraut, Uhrmacher, 3113
4 Schmeerstraße 4
Reparaturen billigst.

Ernte- Schleifen Sensen Harken Gedichtbücher
empfiehlt 3111
Albin Hentze
24 Schmeerstr. 24.

Gewissenhafter
Austräger(in)
für **Volkstedt** für sofort gesucht.
Zu melden: Eisleben, Filiale „Klassenkampf", Breiter Weg 8.

Gewissenhafter
Austräger(in)
für **Stadt Mansfeld** für sofort gesucht.
Zu melden bei:
Fritz Hartmann, Mansfeld.

Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Makohemden, Makohosen, Unterjacken,

Herrensocken, Damenstrümpfe Westengürtel, Hosenträger, Sockenhalter, Kravatten,
Dauerwäsche-Vertrieb,
21107 Kl. Berlin Nr. 2.

Gold-, Silber-, Platinbruch,
Alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft zu hohen Berliner Preisen.
Bitte überzeugen
Metall-Kontor
A. Abramowitz,
Schmeerstraße 14, I.
— (Kein Laden). — 344

Sport-Kragen,
weiß und bunt,
Sport-Hemden,
Dauer-Wäsche,
Papier-Wäsche.
G. Liebermann,
3103 Geiststr. 42.

Licht-Spiele
Morgen Freitag
3 Erstaufführungen! Nur für Erwachsene!
Der große Pariser Monumental-Sitten-Film
Die goldene Kanaille
oder: Die beiden Frauen des Grafen Nancy.
Ein raffiniertes Sitten- und Gesellschaftsbild aus dem Doppelleben des Grafen Nancy. Nach dem Roman Xavier de Montépin. Armut, Herrschsucht, Geldheirat, Untreue, Ehestörung, Rache usw. führt uns dieser gewaltige Film vor Augen.
13 Akte. Großes Sitten-Doppel-Programm 13 Akte.
Als zweiten Schlager zeigen wir einen großen
Sitten- und Gesellschafts-Film
Eine mysteriöse Ehe
oder:
Aus Liebe gesündigt.

Ein Drama von aufwühlender Gewalt aus dem Leben einer jungen Pfarrersfrau in 6 Akten.
Ferner: Originalaufnahmen vom 3109
1. Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig, Juli 1922.
Einlaß 3.30. Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Nur zeitiges Kommen sichert Platz!

Bekanntmachung.

In Abänderung der Veröffentlichung des Magistrats vom 1. Juli 1922 wird nachstehendes gemäß Beschluß der Ortskohlenstelle infolge Erhöhung der Kohlenpreise festgesetzt.

§ 1. Bei Abgabe an Verbraucher dürfen für Braunkohlenbriketts, die mit der Bahn ankommen, folgende Preise je Zentner nicht überschritten werden: a) ab Bahnlager des Händlers oder ab Bahnwagen in Fuhren 86,50 Mk., b) ab Bahnlager des Händlers im Kleinverkauf 86,70 Mk., c) ab Stadtniederlage des Händlers im Kleinverkauf 89,70 Mk., d) bei Verkauf frei vor die Tür des Empfängers in Fuhren 89,50 Mk. Für Brikettbezüge aus dem sächsischen Braunkohlenrevier oder von der Grube Nachterstedt erhöhen sich die vorgenannten Preise um 20 Pf. je Zentner.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

§ 3. Die Festsetzung vorstehender Höchstpreise tritt mit der Bekanntgabe in Kraft. Der Höchstpreis der Verordnung vom 1. Juli 1922 wird gleichzeitig aufgehoben.

Eisleben, den 1. August 1922.
466 **Der Magistrat.**

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland

G. LELEWITSCH:
Die Konstituante von Samara. (Ein Beitrag zur »Humanität« u. »Demokratie« der Partei der Sozialrevolutionäre.)
Preis Mark 25.—. (Organisationsausgabe Mark 18.—.)

G. SSEMJONOW (WASSILJEW):
Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918 (ihre Kampftätigkeit u. militärischen Aktionen).
Preis Mark 4.50. (Organisationsausgabe Mark 3.30.)

W. KNJASEW:
W. Wolodarski. Preis Mark 35.—. (Organ. Mark 12.—.)

N. MESCHTSCHERJAKOW:
Das menschewistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.)
Preis 1.50 Mark. (Organisationsausgabe Mark 1.10.)

N. MESCHTSCHERJAKOW:
Der Terror der georgischen Menschewiki.
Preis Mark 20.—. (Organisationsausgabe Mark 10.—.)

L. TROTZKI:
Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.
Preis Mark. 35.—, geb. Mark 45.—. (Organisationsausgabe Mark 20.—, geb. Mk. 30.—.)

L. WARDIN:
Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution.
Preis Mark 6.—. (Organisationsausgabe Mark 3.—.)

RUSSISCHE KORRESPONDENZ
Nr. 4-5 des dritten Jahrganges mit Aufsätzen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.
Preis Mark 45.—. (Organisationsausgabe Mark 30.—.)
Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

W. BYSTRANSKY:
Menschewiki und Sozialrevolutionäre.
Preis Mark 60.—. (Organisationsausgabe Mark 35.—.)

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8
Auslieferung der Organisationsausgabe in Deutschland an die Organisationen der KPD. ausschließlich durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 3. August 1922

Sie bersten vor Neid

Es ist freilich eine schlimme Sache, wenn man sich in einer Lage befindet, wie augenblicklich z. B. die unabhängigen Zeitungen. Sie sollen die Politik einer Partei vertreten, die den politischen Tod vor Augen sieht und die nur noch ein Provisorium für einige Wochen darstellt bis zur Verschmelzung mit der SPD. In finanzieller Hinsicht haben die Unternehmungen der USPD. ebenfalls die Schwingen des Pleitegeiers berührt. Nun wartet die USPD wie die langvergessene Jungfrau auf den SPD.-Bräutigam, der den finanziellen Bankrott beseitigen und die Schulden der USPD. bezahlen soll.

Freilich, freilich, eine schlimme Sache! Und nun versetze man sich in die Psychologie des Redakteurs einer solchen abtrerbenden USPD.-Zeitung. Kann man es ihm menschlich übelnehmen, wenn er die im Aufschwung begriffene kommunistische Presse mit blassem Neid verfolgt? Die USPD. ist bereit, ihre Stellung als proletarische Oppositionspartei um einen Pfifferling dahinzugehen, um einen oder zwei Ministersessel. Aber die Bereitwilligkeit der USPD.-Führer, in ein bürgerliches Regierungskabinett einzutreten und sich zu diesem Zwecke mit der Partei der Scheidemann und Noske zu verschmelzen, stößt auf den stärksten Widerstand aller aufrechten USPD.-Mitglieder. Um den Unwillen dieser Mitglieder, die sich mehr und mehr der einzigen proletarischen Oppositionspartei, der KPD., zuwenden, zu beschwichtigen, hetzt man wie wild gegen die Kommunisten. Die Ausschlachtung des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre zieht nicht mehr, weil die Verbrechen dieser Banditen im sozialistischen Gewande zu offenkundig sind. Was also tun?

Das USPD.-Blatt für Halle-Merseburg ist auf den rettenden Gedanken gekommen, sich in einem dreiviertel Spalten langen Artikel mit dem „Klassenkampf" zu beschäftigen. In der politischen Polemik ist diesen Bankrotteuren anscheinend die Puste ausgegangen. Deshalb läßt man seine Wut an der — Aufmachung des „Klassenkampf" aus. Voran marschiert natürlich wieder das armselige Argument von dem „Zufluß von Geldern aus dunklen Quellen". Da diese platte Verdächtigung, mit der man erfahrungsgemäß leicht bei der Hand ist, wenn man sich selbst bankrott fühlt, allzu abgeklappert und hilflos ist, ersparen wir uns, darauf einzugehen.

Dann kommt der vorzüglich organisierte Nachrichten- und Berichterstatterdienst des „Klassenkampf", der den USPD.-Redakteuren anscheinend vollends den Schlaf geraubt hat.

Aber was kann der „Klassenkampf" dafür, wenn es der USPD.-Zeitung nicht möglich ist, einen ähnlich gut klappenden Nachrichten- und Berichterstatterdienst zu organisieren?

Was kann der „Klassenkampf" dafür, wenn es der USPD.-Zeitung nicht möglich ist, zum Arbeiter-Turn- und Sportfest nach Leipzig einen Sonderberichterstatter zu schicken?

Was kann der „Klassenkampf" dafür, wenn seine Aufmachung sich von der Langweiligkeit der Spalten der USPD.-Zeitung allzu deutlich abhebt?

Was kann der „Klassenkampf" dafür, wenn er neben seiner Hallischen Ausgabe noch vier (!) Kopfblätter hat und infolgedessen dreimal soviel Redakteure als die USPD.-Zeitung?

Das alles sind Dinge, die zum Lachen reizen, wenn man sieht, in welch naiver Weise die USPD.-Redakteure ihren Aerger über diese Tatsachen kundgeben. Ebenso reizt es zur Heiterkeit, wenn das USPD.-Blatt ein Triumphgeschrei darüber anstimmt, weil dieser oder jener Bericht über einen lokalen Lohnkampf zufälligerweise einmal etwas früher in der übrigen Arbeiterpresse gestanden hat, als im „Klassenkampf". Das liegt nämlich daran, daß die USPD.- und SPD.-Gewerkschaftsführer natürlich die kommunistische Presse bei der Berichterstattung zu sabotieren versuchen. Wir werden aber Vorsorge treffen, daß auch diese Sabotage überwunden wird.

In seiner Wut schießt das Halische USPD.-Blatt Purzelbäume und beschimpft die Leser des „Klassenkampf" mit Worten, aus denen man das häßliche Gemisch von Wut und Neid unzweideutig heraushört.

„Den Lesern des „Klassenkampf", die früher den „General-Anzeiger" lasen oder auch noch lesen, wird ja die in letzter Zeit geradezu sinnesche Aufmachung ihres Parteiblattes nicht allzusehr auffallen. Mit diesem Mangel an Unterscheidungsvermögen der Leser kann ja der „Klassenkampf" auch nur rechnen, wenn er die zweifellos notwendige Bezugspreiserhöhung auf 45 Mk. durch Lobpreisungen seines vorzüglichen Nachrichten- und Berichterstatterdienstes schmackhaft zu machen versucht."

Wir brauchen nicht zu sagen, daß die Leser des „Klassenkampf" sich durch das kleinliche Gekläff des USPD.-Blattes beeinflussen lassen. Fest steht die für die USPD. allerdings bedauernswerte Tatsache, daß der „Klassenkampf" die größte und weitverbreitete Tageszeitung Mitteldeutschlands ist und bleiben wird. Ausschlaggebend aber ist seine politische Einstellung als revolutionäres Organ. Das ist entscheidend für seine weite Verbreitung unter der revolutionären Arbeiterschaft Mitteldeutschlands.

An die gewerkschaftlich denkende Beamtenschaft

Das deutsche Wirtschaftsleben wird von einer Krise nach der anderen erschüttert. Kräfte sind am Werke, die diese Krisen auf Kosten des gesamten arbeitenden Volkes, der Beamten, Angestellten und Arbeiter, für sich ausnützen. Denen gegenüber gibt es nur eins durchzuführen, und das ist das, was der Reichsarbeitsminister Dr. Braun schon auf dem 11. deutschen Gewerkschaftskongreß angedeutet hat:

Disziplinierte straffe Organisation! Gewerkschaften die eine klare Wirtschaftspolitik betreiben!

Zwei Säulen in der deutschen Arbeiterbewegung haben diese Wirtschaftspolitik konsequent durchgeführt, der ADGB. und die Afa für die Arbeiter und Angestellten. Für die Beamten hat sich diesen beiden die dritte Säule, der ADB., der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, zugesellt.

Diese drei Körperschaften wollen eine klare Wirtschaftspolitik vom Standpunkt der Verbraucher und Arbeitnehmerinteressen vertreten.

Aufgabe aller fortschrittlich gesinnten Beamten ist es, dem ADB. restlos beizutreten. Der Ortsausschuß des ADB. für Halle ist ins Leben gerufen worden. Folgende Verbände sind ihm beigetreten und werden innerhalb des Ortsausschusses die Fragen der Hallischen Beamtenschaft vertreten:

1. Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter.
2. Beamtensektion des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
3. Beamtensektion des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.
4. Bund der technischen Angestellten und Beamten.
5. Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner.
6. Beamtensektion des Deutschen Werkmeister-Verbandes.

Den Anschluß müssen noch vollziehen: Justizbeamtenbund, Beamtensektoni des Allgemeinen Verbandes deutscher Bankangestellten und der Verband der Post- und Telegraphenbeamten.

Beamte, sorgt für den organisatorischen Zusammenschluß auf gewerkschaftlicher Grundlage! Treibt keine Sonderbestrebungen! Uebt Solidarität! Kolleginnen und Kollegen, die Ihr diesem Aufruf zustimmt, meldet Euch, falls Ihr dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund noch nicht angehört, bei den Filialen der obenbenannten sechs Verbände oder bei dem Ortsausschuß des ADGB. (Geschäftsstelle: Dryanderstraße 10, Zimmer 3) selbst.

Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der Vorstand. Flücht. Sieler. Schanze.

Parteifest am Sonntag, dem 6. August

Ausschneiden! Aufheben!

Eintrittskarten zu 6 Mk. im Vorverkauf sind bei allen Parteifunktionären, in der Bezirksbuchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, in der Volksbuchhandlung, Harz 42, und im Ortssekretariat der KPD. zu haben.

Festfolge im großen Saal (abends):

8 Uhr: Sozialistenmarsch
8.10 Uhr: Ouvertüre „Rienzi" } Philharmonisches Orchester Leitung: Karl Röhren
8.20 Uhr: Ahrs „3. H. Mackay" v. Annemarie Schner-Uhlmann
8.25 Uhr: Arbeitersängerchor: „Groß ist das Leben", „Trutzlied"
8.40 Uhr: Aus „Kameraden der Menschheit" v. Gen. Uhlmann
8.50 Uhr: Anschließend allgem. Gesang: „Brüder zur Sonne"

Pause

9 Uhr: „Unter dem roten Banner", Musikstück
9.10 Uhr: Frauenchor: „Wir Frauen gehen frisch voran" von Kranig „Maienritt" von Uthmann
9.30 Uhr: Tanzszenen der Genossin Sawenko
9.40 Uhr: Arbeitersängerchor: „Märzluft" von Angerer „Fanfare" mit Orchesterbegleitung von Karl Röhren
10 Uhr: Proletarische Dichtungen: Grete und Lotte Fricke und H. Martin (Freie Bühne)

Pause

Nach derselben:

„Rouget de l'Isle" singt die Marseillaise

Szene, gestellt von der „Freien Bühne", Halle
Rouget de l'Isle . . Kurt Schreiber vom Stadttheater

10.35 Uhr: Intermezzo „Splittericus Klex" von Hu, gespielt vom Turkestaner u. seinem bisherigen Freunde W.
11 Uhr: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung „Die Internationale".

Während der Rezitationen u. Gesänge wird der Saal verdunkelt u. die Türen verschlossen gehalten. Kinder haben keinen Zutritt.

Das Nachmittags-Programm im Garten

(Philharmonisches Orchester unter Leitung von Karl Röhren) sieht folgende Veranstaltungen vor:

4 Uhr: Sozialistenmarsch
4.10 Uhr: Ouvertüre aus „Wilhelm Tell"
4.25 Uhr: Volkstänze der Naturfreunde
4.35 Uhr: Polonäse in A von Chopin
4.45 Uhr: Lohengrin-Fantasie
5.55 Uhr: Rhapsodie in F von Liszt

Pause von 20 Minuten

Während dieser Pause treten die Turner und Athleten auf
5.25 Uhr: Unter dem roten Banner, Musikstück
5.25 Uhr: Turnerische Vorführungen
5.35 Uhr: Rhapsodie schwäbischer Volkslieder
5.45 Uhr: Im schönen Elbflorenz, Mazurka-Caprice
6 Uhr: Pyramiden des Sportvereins 09
6.15 Uhr: Hochzeitsreigen, Walzer
6.25 Uhr: Marseillaise von Rouget de l'Isle.

Besondere Programmzettel werden nicht gedruckt.

Wichtig für Markensammler

Die „Markenzentrale Ost", G. m. b. H., hat der **Volksbuchhandlung Halle a. d. S., Harz 42/44**, den Vertrieb russischer Briefmarken übertragen. Die Marken sind im örtlichen Handel bedeutend teurer und außerdem ist durch die „Markenzentrale Ost" vollständig Gewähr für Echtheit garantiert. Einzelne Stücke sind im offenen Handel selten zu haben. Vorrätig sind:

Satz Nr. 1: Hungerprovisorium auf Kerenski-Ausgabe. Aufdruck 100 Rubel auf 70 Kopeken, 250 Rubel auf 35 Kopeken. (Sowjet-Ausgabe.) 6 Werte. **200 Mk.**

Satz Nr. 2: Für Hungerleidende im Wolgagebiet (komplett). 2250 Rubel, grün, braun, rot und die seltenen blauen. 4 Werte. **200 Mk.**

Satz Nr. 3: 5000 Rubel auf 1, 2, 5, 10 und 10 000 Rubel auf 40 Rubel Aufdruck rot mit seltener 5000/20 Rubel, dünnes Papier. 5 Werte. Komplett **275 Mk.**

Satz Nr. 4: Gleiche Ausgabe. Aufdruck schwarz, gewöhnliches Papier. Komplett **275 Mk.**

Satz Nr. 5: 7500 und 22 500 Rubel, mit seltener 7500 Rubel, auf gelbem Kreidepapier. 3 Werte. **250 Mk.**

Satz Nr. 5a: Dieselben gebraucht. **390 Mk.**

Satz Nr. 6: Kerenski-Ausgabe. 35 und 70 Kopeken. **10 Mk.**

Satz Nr. 7: Russische Südstaaten-Provisorien (Don, Krim, Kuban). 6 Werte. **135 Mk.**

Satz Nr. 8: Endgültige Denikin-Ausgabe mit seltener 7 Rubel. 11 Werte. Komplett **325 Mk.**

Satz Nr. 8a: Denikin 3 Rubel, gezähnt und 70 Kopeken auf weißem Papier **35 Mk.**

Satz Nr. 9: Sowjetausgabe, 1, 2, 5, 20, 40 Rubel, selten. Komplett **150 Mk.**

Satz Nr. 10: Sowjetausgabe 100, 200, 250, 300, 500, 1000 Rubel. 6 Werte. Komplett **35 Mk.**

Satz Nr. 11: Sowjet-Jubiläumsausgabe 1917 bis 1921. 100, 200, 1000 Rubel. 3 Werte. **35 Mk.**

Satz Nr. 12: Drei seltene Fehldrucke der zweiten Ausgabe 200 Rubel schwarzbraun, 250 Rubel, dünnes Papier und 1000 Rubel, auf Kreidepapier. **200 Mk.**

Satz Nr. 13: Rostow-Hungermarken für Südost-Rußland, sehr selten. 4 Werte. Komplett **200 Mk.**

Satz Nr. 14: 2 Werte, 5000 und 10 000 Rubel, selten. **250 Mk.**

Satz Nr. 15: 7500 Rubel auf 250 Kreidepapier-Rubel. **75 Mk.**

Satz Nr. 16: Ukraine auf Rußland, gezähnt: 1, 2, 3, 4, 5, 10, 15, 20, 20/14, 35, 50, 70 Kopeken; geschnitten: 1, 2, 3, 5, 70 Kopeken. Zusammen **150 Mk.**

Satz Nr. 16a: Ukraine auf Rußland, 1, 3½, 5, 7 Rubel. **200 Mk.**

Satz Nr. 17: Kriegswohltätigkeitsmarken, farbig und weißes Papier, 1, 3, 3, 7, 10 Kopeken. **50 Mk.**

Die einzelnen Sätze werden nur komplett abgegeben. Die Preise verstehen sich netto Kasse bei Vorauszahlung oder Nachnahme. Geldsendungen sind zu richten an: **Albert Jüngenstein, Postscheckamt** Leipzig, Nr. 86 983. Bei Bestellungen aus dem Ausland erfolgt ein Aufschlag von 100 Prozent.

* **Erhöhung der für das Ruhen der Versorgungsgebührnisse maßgebenden Einkommensgrenze.** Von der Fürsorgestelle wird uns geschrieben: Die für den Beginn des Ruhens der Versorgungsgebührnisse maßgebende Jahreseinkommensgrenze ist vom 1. April 1922 an von 7000 Mk. auf 18 000 Mk. erhöht worden. Bei dieser neuen Einkommensgrenze sind neben der Ermäßigung entsprechend der Veranlagung zur Einkommensteuer für den Versorgungsberechtigten im Betrage von 2400 Mk. die Abzüge des Einkommensteuergesetzes für Werbungskosten usw. bis zur Höhe von 5400 Mk. bereits berücksichtigt, und zwar gleichmäßig für alle Versorgungsberechtigten ohne Rücksicht darauf, ob sie im Erwerbsleben stehen oder nicht. Der Unterschied zwischen den für das Ruhen der Versorgungsgebührnisse maßgebenden einzelnen Einkommensstufen beträgt jetzt nicht mehr 1000 Mk., sondern 2000 Mk. Unter Zugrundelegung der neuen Einkommensgrenzen beginnt demnach ein Ruhen der Versorgungsgebührnisse mit einem Zentel, wenn ein verheirateter Versorgungsberechtigter ohne Kinder 20 400 Mk., mit zwei Kindern 27 600 Mk., mit vier Kindern 34 800 Mk. Jahreseinkommen besitzt. Die gesamten Versorgungsgebührnisse — abgesehen von der Schwerbeschädigtenzulage mit der entsprechenden Ausgleichs- und Ortszulage und der Pflegezulage sowie den Unterhaltungskosten für den Blindenführerhund — ruhen bei denselben Versorgungsberechtigten bei einem Jahreseinkommen von 38 400 Mk, 45 600 Mk. und 52 800 Mark. Die neuen Einkommensgrenzen finden jedoch nur dann Anwendung, wenn der Berechnung für das Ruhen der Versorgungsgebührnisse das mutmaßliche Jahreseinkommen von 1922 zugrunde gelegt und diese von dem Versorgungsberechtigten ausdrücklich beantragt wird. Im allgemeinen wird die Anwendung der neuen Einkommensgrenzen nur dann Vorteile bringen, wenn sich das Einkommen der Versorgungsberechtigten seit 1920 nicht oder nur mäßig erhöht hat. Ist ein Antrag auf Zugrundelegung des mutmaßlichen Jahreseinkommens für 1922 gestellt, so wird die neue Ruhensberechnung durchgeführt ohne Rücksicht darauf, ob der Versorgungsberechtigte gegenüber der früheren Ruhensberechnung Vorteile hat oder nicht. Wenn der Antrag vor dem 1. Juli 1922 gestellt worden ist, werden die neuen Einkommensgrenzen vom 1. April 1922 an angewendet, bei später gestellten Anträgen aber erst vom 1. Tage des Antragsmonats an. Die Versorgungsämter, an welche die Anträge auf eine neue Ruhensberechnung zu richten sind, sind angewiesen, diejenigen Fälle beschleunigt zu bearbeiten, in denen der Versorgungsberechtigte bei Zugrundelegung der neuen Einkommensgrenzen wesentlich günstiger steht. Alle anderen Anträge werden bis nach erfolgter Durchführung der Umanerkennungen zurückgestellt.

* **Stadttheater.** Bestellungen auf Tagesstammkarten sind in so erfreulich reger Weise erfolgt, daß bereits heute erklärt werden kann, daß sowohl der Dienstag wie der Freitag als Stammkartentage gesichert sind. Da die billigeren Plätze bereits fast ausabonniert sind, werden vom heutigen Donnerstag, von vormittags 10 Uhr an, auch Bestellungen auf den II. Platz angenommen. Die Bedingungen sind die gleichen wie bei den übrigen Plätzen (30 Prozent niedriger als der Kassenpreis).

* **Ueberfallen** wurde in der Nacht zum Sonnabend ein Geschirrführer der Hildebrandschen Mühlenwerke. Der Geschirrführer befand sich auf dem Wege nach Hohenthurm mit einer Fuhre Mehl. In der Wörmlitzer Straße (Gesundbrunnen) sprangen plötzlich drei Männer auf den Wagen und schlugen auf den Kutscher ein. In seiner Abwehr konnte er schließlich zwei der Angreifer, nachdem der dritte bereits vorher ausgerissen war, in die Flucht schlagen.

* **Ein schwerer Unfall** ereignete sich am Sonnabendmorgen gegen 7½ Uhr im Kupferwerk Trotha. Der Arbeiter H. Keller verunglückte so schwer, daß er mit gebrochenen Beinen nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Unfälle vermehren sich in diesem Betriebe von Tag zu Tag und sind, wie uns die Arbeiter versichern, nur eine Folge des verbrecherischen Antreibersystems und der ungenügenden Sicherheitsmaßnahmen. Die Arbeiter müssen in Betriebsversammlungen dazu Stellung nehmen und sich gegen das Antreibersystem wehren

* **Berichtigung.** In unserer Veröffentlichung der Sammellisten für die streikenden Chemnitzer Bauarbeiter muß es unter Liste 68 heißen: Wagenwerk Diemitz (Firma Risse) 55 Mk. (nicht Magenberg).

Schönnewitz

Mißhandlungen an Lehrlingen. Die Lehrlinge sind meistens den Launen der Lehrmeister schutzlos preisgegeben. Die Lehrmeister glauben, daß sie ohne weiteres auch das körperliche Züchtigungsrecht nach Belieben an den Lehrlingen ausüben dürfen. Der Schmiedemeister Ritter treibt es so arg, daß die Jungens nicht lange bei ihm aushalten. Nach kurzer Zeit laufen sie ihm alle wieder weg. Trotzdem setzt er seine Mißhandlungen fort. Schläge mit dem Hammerstiel und anderen Werkzeugen sind an der Tagesordnung. Wenn die Jungens, die sich sehr oft allein überlassen sind, einmal etwas verkehrt machen, will er ihnen das „glühende Eisen in die Fesse haben." Die Gewerbeaufsichtsbehörden sollten sich diesen Lehrmeister einmal genauer ansehen und ihm eventuell das Recht entziehen, Lehrlinge auszubilden.

Niemberg

Tragischer Tod. Am Montagabend wurde ein Polenmädchen, als es von der Feldarbeit nach Hause zurückkehrte, vom Blitz getötet.

Priester

Das unsinnige Autorasen hätte am Montagabend beinahe ein Menschenopfer gefordert. In rasendem Tempo fuhr ein Lastauto mit Anhänger der Engelhardt-Brauerei den steilen Berg bei Beidersee herunter. Der Anhängewagen wurde hin und hergeschleudert. Drei Radfahrer, die dem Auto entgegenkamen, mußten schleunigst von der Straße flüchten. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß nicht ein des Weges kommendes Fuhrwerk umgerissen wurde.

Könnern

Unser Parteifest fand am 30. Juli im „Bürgergarten" bei guter Beteiligung statt. Aus Belleben, Besenlaublingen, Aisleben, Trebitz und Seebendorf waren Genossen und Genossinnen erschienen. Nachmittags „erfreute" ein stattlicher Festzug durch die Stadt unsere lieben Bourgeois und Stahlhelmerige. Alle Arbeitervereine waren erschienen: Radfahrer, Turner, Sänger, Athleten, Kinder- und Jugendgruppe. Bei Ankunft des Festzuges auf dem Marktplatz zeigte sich, daß der Stahlhelmjüngling Schöne, Magistratsangestellter, die Türe zum Rathausbalkon abgeschlossen hatte, obwohl tags zuvor ihm ausdrücklich mitgeteilt worden war, daß ein Redner unserer Gruppe von dort aus sprechen wird. Schöne hatte auch versprochen, die Türe offen zu lassen. Wir ziehen aus dieser kleinen Bosheit des Herrn Schöne natürlich unsere Schlüsse besonderer Art. Nach dem Umzug entwickelte sich im „Bürgergarten" ein fröhliches Treiben. Kinderspiele, Volkstänze, Männerchöre, Konzert und ein flotter Ball brachten jedem etwas, so daß allenthalben Befriedigung über den Verlauf des Festes herrschte.

Aus der Provinz

Die Reaktion in Mansfeld auf dem Marsche

Trotz Schutzgesetz, oder gerade wegen des Schutzgesetzes, erhebt in den Mansfelder Landen die reaktionäre Bande ihr Haupt frecher denn je. Der als Reaktionär im Mansfelder Lande und darüber hinaus berüchtigte Major und Gutsbesitzer Wendenburg hat als kühner Streiter im Kampfe um die Republik gegen die Genossin und den Genossen Machlitt Anzeige wegen Nötigung, Erpressung und wer weiß wegen was noch erstattet. Der „Tageblatt"-Verleger, Herr Schneider, hat gegen den Genossen Menzel Klage angestrengt wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Die Generaldirektoren der Mansfeld A.-G., Heinold und Schleichenbaum, haben gegen den Genossen Menzel Klage angestrengt wegen Beleidigung in der Demonstrationsversammlung auf dem Markt. Es werden sich Staatsanwälte finden, die solche „Anklagen" vertreten werden und die nötigen Strafmaße ausbaldowern, alles zum Schutze der Republik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0005

Doch nicht genug damit. In Mansfeld herrschen ungefähr schon ähnliche Zustände, wie sie der amerikanische Schriftsteller Upton Sinclair in seinem Roman „König Kohle" von Amerika geschildert hat. Die Mansfeld-Syndikat beherrscht alles, das öffentliche Leben, den Verkehr, die Behörden. Und so ist es denn kein Wunder, daß in der Wohnung des Genossen Daniel Mauer zwei Kriminalbeamte nach Waffen suchen. Irgendein Strolch hatte jedenfalls sich als „Schützer der Republik" aufspielen wollen und hat bei der Polizei angegeben, Mauer hätte ein Jagdgewehr in seinem Besitz. Im Bett, unterm Sofa, im Schrank und wo sonst die Polizeiaugen hinglotzten, um die versteckte Waffe zu finden, wurde gesucht. Ueberraschend war das Resultat, nämlich „nicht wurde gefunden". Aber die Republik wurde geschützt! Wir werden sehen, ob die eifrigen „Republikschützer" weiter sich bemühen werden, Kommunisten zu denunzieren, um ihre eigenen Verbrecher zu vertuschen. Da aber die hochwohllöbliche Polizei zum Schutze der Republik gern nach Waffen sucht, so werden wir ihr den Weg zeigen, wo sie welche finden kann. In der Grabenstraße 70 wohnt ein gewisser Wiesener. Dieser Mann ist Vorsitzender der Baltikumgruppe. Jener Wiesener schleppte in den „mulmigen Tagen" schnell seinen „Schützenjädel" und ein „Brot" nebst „Spirituskasche" aus seinem Quartier. Die Polizei fand nichts mehr. Kreuzfidel meldet der Baltikumhäuptling heute noch Versammlungen an, ohne von der Behörde behelligt zu werden. Noch während der „Sturmtage" versammelten sich die „Baltenkämpfer" in der „Tanne".

Am 15. Juli versammelten sich in der „Bergschenke" die Unterritzdorfer Jungdobrüder. Ferner waren Oberritzdorfer und Eisleber vertreten. Unter dem Schutze republikanischer Ordnungsstützen, den Flurschützen von Unter- und Oberritzdorf, sowie dem „Amts"diener Erich aus Unterritzdorf in vollem „Dreß". Sie dürfen Waffen tragen — zum Schutze der Jungdoverschwörungen. **Vor dem Lokal fand ein Probeschießen statt, und die Einwohner lebten in einer gewissen Beunruhigung.** Aber es geschah wohl zum Schutze der Republik. Merkwürdig ist auch, daß alle, die früher mit dem Stahlhelm am Rocktragen geziert einherstolzierten, heute jenes Abzeichen des Jungdo tragen. „In diesem Zeichen wirst du siegen", denkt der abgetanzelte Stahlhelmonkel und flugs wird der Stahlhelm mit dem „schwarzen Kreuz auf weißem Felde" eingetauscht. Nachdenklich aber zieht der Arbeiter, der jenen gewaltigen Kundgebungen beiwohnte, innerlich beiwohnte, seine Straße.

So steht das famose Schutzgesetz aus, das unter der Mitsicht der SPD. und USPD. das Licht der Welt erblickte. Verbot sozialistischer und kommunistischer Blätter, Anklagen gegen kommunistische und sozialdemokratische Redakteure, Ueberwachung kommunistischer Versammlungen, Waffensuche bei revolutionären Arbeitern, wahrlich, die beiden sozialistischen Parteien können stolz sein auf ihr Schutzgesetz. Die Mansfelder Arbeiterschaft sieht aber hieraus, daß noch sehr viel trotz des famosen Schutzgesetzes zu tun ist, sie muß, wenn sie nicht eines Tages vollends niedergeschlagen werden will, fest zusammenstehen und den Kampf gegen das reaktionäre Gesindel mit aller Kraft und mit allen Mitteln führen.

Der Brief eines Arbeiters

Ein Arbeiter der Mansfeld A.-G. schreibt uns folgende Zeilen, die wir gern entnehmen, um die Gedanken, die darin zum Ausdruck kommen, der Arbeiterschaft zu unterbreiten, damit sie diese mit den ihrigen vergleichen kann.

Werte Redaktion!

Vor einigen Tagen machte die Bäckerinnung bekannt, daß bei der letzten Brotmarkenkontrolle bei 26 Bäckermeistern Brotmarken gefunden worden, die noch nicht beliefert werden durften. Die Bäckermeister sind wegen dieses Vergehens alle mit 140 bis 190 Mk. bestraft worden. **Die Bäckermeister bitten deshalb, die Brotmarken erst dann zum Einkaufen zu benutzen, wenn dieselben Gültigkeit erreicht haben, da im anderen Fall sich der Bäckermeister wieder der Gefahr aussetzt, bestraft zu werden.** Gestatten Sie, daß ich meine Gedanken einmal dazu zum Ausdruck bringe. Wie oft geschieht es in Arbeiterfamilien, daß die Brotmarken alle sind und verzweifelt die Frau die Hände ringt, wenn das Geld nicht mehr reicht, um markenfreies Brot zu ersetzen. Wie zufrieden war und ist eine Arbeiterfrau, deren Mutterherz mehr blutet, wenn ihre Kinder Hunger haben, als das einer finanzkräftigen Dame, wenn sie auf noch nicht gültige Brotmarken ihr Brot erhielt. Zum Vergnügen wahrlich gab sie nicht die neuen Marken hin, denn diese fehlten ja schon wieder am Ende des Monats. Zum Kaufen von markenfreiem Brot für 48 Mk., da reichen die 600 bis 700 Mk. Wöchlohn nicht zu. Ich empfinde es als eine Härte gegen die Aermsten der Armen, wenn derartig scharf gegen die Bäcker vorgegangen wird. Aber was mich noch bewog, an Sie zu schreiben, das ist folgende Angelegenheit. Bei der Firma Winters Nachfolger auf der Rußbreite ist das Corned beef mit 40 Mark ausgezeichnet, während bei der Firma Friedrich Bohndorf 60 Mk für ein Pfund verlangt werden. Aus welchem Grunde kann ein solch horrender Preisunterschied bestehen? Desgleichen ist es mit den neuen Kartoffeln so. Während die Preisprüfungsstelle einen Preis von 325 bis 375 Mk. pro Zentner festgesetzt hatte, waren am letzten Wochenmarktage neue Kartoffeln nur für 700 Mk zu bekommen. Ich bin der Ansicht, daß durch das Ueberspannen des Bogens leicht Erbitterungen hervorgerufen werden, die dann in Lebensmittelkrawallen ihren Ausgang haben. Es kommt mir oft vor, als mache heute der Geschäftsmann willkürlich seine Preise. Ausreden vom teuren Einkauf sind so abgeleiert, weil man oft sieht, wie aus ein und demselben Faß Fett verkauft wird, obwohl von einer neuen Sendung die Rede ist, die soundsoviel höher im Einkauf stehe. Wer so im täglichen Daseinskampfe steht und mit vielen Charakteren zusammenkommt, dabei aber immer wieder den Zorn gegen die unerhörte Preistreiberei heraushört und die unseligen Flüche wahrnimmt, der kommt zu dem Resultat: „Das nimmt einmal ein böses Ende!" Wir haben vor kurzem in gewaltigen Demonstrationen unseren Willen zum Ausdruck gegeben, jeder hatte die Hoffnung, daß endlich der Anfang gemacht würde und damit auch die wirtschaftlichen Lasten vom Arbeiter etwas wenigstens abgerollt würden; leider. Ist die Regierung wirklich so machtlos, daß sie es zugeben kann, wie der Arbeiter schutzlos der Verelendung preisgegeben ist? Es scheint doch, daß H. Heine recht hatte, als er jenen Vers verfaßte:

Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.
Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben,
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.

Was eine Arbeiterfrau uns mitteilt

Im „Klassenkampf" wurde mitgeteilt, daß **eine Entbindung jetzt** 300 Mk. kostet und die übrigen Sachen dementsprechend hoch erhöhen. Ich sprach des Abends mit meinem Mann darüber und waren der Meinung, **daß es für einen Arbeiter wohl nicht zu erschwingen ist.** Und doch ist der Kindersegen bei den Arbeiterfamilien am reichlichsten. Wie dringend notwendig ist es, daß die Verstaatlichung des Hebammenwesens zur Wirklichkeit wird. Es ist einfach ein **Verbrechen, daß Kinder in die Welt gesetzt und nicht ernährt werden können. Will aber eine Arbeiterin die Schwangerschaft verhüten oder gar irgend einen Eingriff vollziehen, dann stehen die tausendmal verfluchten §§ 218 und 219 drohend vor ihren Augen. Wie mir kürzlich eine Hebamme mitteilte, sind die Unterleibserkrankungen so enorm gestiegen, daß es fast zur Gefahr auswächst, zumeist sind solche Erkrankungen durch Selbsteingriffe hervorgerufen. Auch in den Kreisen der Hebammen bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Beseitigung der Schandparagraphen 218 und 219 die Forderung aller Arbeiterfrauen sein muß. Warum nur die Forderungen der Arbeiterfrauen? Weil den Damen der „höheren Menschheit" Gelegenheit geboten wird, mit Hilfe des Gesundbrunnens ein Sanatorium aufzusuchen, wo der verunzierten Taille wieder schöne Form gegeben wird.**

Eine Leserin des „Klassenkampf".

Erhöhte Arbeitsentlohnung für Strafgefangene

Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit, daß der Justizminister den Höchstbetrag der Arbeitsbelohnung, die einem Gefangenen zugeschrieben werden kann, für Zuchthausgefangene von 1 Mk. auf 4 Mk., für Gefängnisgefangene von 1,50 Mk. auf 6 Mk. für den Arbeitstag erhöht hat.

Ein Arbeiter im Betrieb verdient heute bis zu 200 Mk. täglich, ein Gefangener 6 Mk. Welch riesige Summen verdienen die Unternehmer, die in Gefängnissen arbeiten lassen. Um diese Lohndrückerei zu beseitigen, kann es nur eine Forderung geben: Gleicher Lohn der Gefangenen mit dem des „freien" Arbeiters.

Vom Lebensmittelmarkt

Die furchtbare Teuerung treibt die minderbemittelten Hausfrauen, und besonders die kinderreichen Mütter, zur Verzweiflung. Mit entsetzten Augen stehen sie vor den Schaufensterauslagen und lesen die Preise. Immer mehr Frauen gesellen sich hinzu und tauschen ihre Meinungen aus. Sie haben ja alle dieselben Sorgen und immer wiederholt sich dieselbe bange Frage: „Was soll das nur noch werden?" Sie alle essen ja kein Schweinefleisch, das Pfund zu 100 Mark, sie essen auch keine Tafelbutter, das Pfund zu 125 Mark, aber sie wissen, das sind die Wegweiser für die übrigen Preise. Auf allen diesen bangenden Frauen lastet es wie ein Alpdruck, sie haben eine gewaltige Verantwortung; sie sollen eine Familie satt machen. Wie lange werden sie noch das allernotwendigste kaufen können. Allein das Brot belastet die Haushalte jetzt ungeheuer; Kartoffeln muß eine mehrköpfige Familie täglich haben, denn das ist eins der wichtigsten Nahrungsmittel für die kleinen Leute. Fette sind unerschwinglich, und gerade die letzte Woche brachte eine gewaltige Preiserhöhung. Die schon verbitterten Hausfrauen werden noch erbitterter, wenn sie sehen, wie der Kaufmann die Preise seiner Waren in ganz geringen Zwischenräumen immer höher hinaufsetzt. Die Margarine, die eben noch 60 Mark kostet, weist nach zwei Stunden ein Schild auf, daß sie 65 Mark kostet; die besseren Sorten müssen schon bis zu 80 Mark bezahlt werden. Das Schmalz weist den horrenden Preis von über 84 Mk. auf. Wurst hat Phantasiepreise, für die besseren Sorten werden bis zu 100 Mark das Pfund verlangt. Was nützt es da, wenn man weder Fleisch noch Fett hat, daß die Gemüse eine Kleinigkeit billiger werden? Durch den Regen ist jetzt das Gemüse so schön und vollwertig, daß es recht viel gegessen werden sollte. Die Mohrrüben sind tadellos saftig und der junge Kohl, Weißkohl, Wirsingkraut und Rotkohl wächst prächtig heran. Doch um all das Gemüse schmackhaft zu machen, braucht man unbedingt Fett, und so wird leider erheblich viel nahrhaftes Gemüse weniger gegessen. Die Kartoffeln bleiben immer noch auf dem Preis von 5 bis 6 Mark stehen.

Auf dem Obstmarkt beginnen Aepfel und Birnen ihre Herrschaft. Eßäpfel wurden mit 7 Mark das Pfund angeboten, Eßbirnen mit 10 Mark. Mit den Kirschen ist es zu Ende; Blaubeeren sind das Pfund für 16 Mark sehr reichlich zu haben. Die Johannisbeeren wollen nicht billiger werden. Für den feinen Tisch bieten sich Aprikosen, Pfirsiche und Weintrauben an.

Der Fischmarkt ist gut versorgt, vornehmlich mit Seefischen. Aber auch hier gehen die Preise ungeheuer in die Höhe. Das Pfund Schellfisch im Schnitt kostet 17 Mark, das Pfund Fischkoteletts 32 Mark. Appetitlich schön liegen die Räucherwaren aus.

Wenn man einen gefüllten Geldeutel hat, dann ist es eine Lust, durch die Straßen zu spazieren. Hat man aber keinen gefüllten Geldeutel und einen knurrenden Magen, dann steigert sich der Haß gegen diese verfluchte kapitalistische Gesellschaftsordnung ins Unendliche. Und wenn der Arbeiter noch sehen muß, daß sein Reallohn immer tiefer sinkt und der Unternehmer mit allen Mitteln die Arbeitszeit zu verlängern sucht, dann steigt in ihm immer mehr die Erkenntnis auf, daß nur der rücksichtslose Kampf gegen das Unternehmertum, gegen die heutige Gesellschaftsordnung, ihn aus seinem Elend herausführen kann.

Der Landbund sabotiert die Volksernährung

Gegen die verderblichen Folgen der Getreideumlage wendet sich eine Entschließung des Gesamtvorstandes des Landbundes Sachsen-Anhalt, in der zwei Abhilfsmaßnahmen von dem Reichsminister des Innern gefordert werden: 1. Eine bindende Erklärung der Reichsregierung, daß im nächsten Jahre die freie Wirtschaft für Brotgetreide eingeführt werden soll (**da sonst die Anbauläche erheblich zurückgehen werde**). 2. Festsetzung eines Uebernahmepreises, der außer den Gestehungskosten **einen angemessenen Unternehmergewinn sichert** und die Fortführung der Wirtschaft bis zur nächsten Ernte ermöglicht.

•

Der Landbund droht also ganz unverblümt die Einschränkung der Anbaufläche an, wenn die ohnehin schon unzulängliche Getreideumlage, die uns einen Brotpreis von 28 Mk. und darüber bringt, und dem die USPD. ihren Segen gegeben hat, nicht aufgehoben wird. Ihnen sind die Milliarden-Liebesgaben, die von diesem Reichstag ihnen in den Hals geworfen worden sind, noch nicht genug, sie wollen vollkommene Wucherfreiheit, sie wollen vollkommen das gesamte Volk in ihre Abhängigkeit bringen. Die gesamte arbeitende Bevölkerung muß gegen diese Verbrecher an der Volksernährung scharf Stellung nehmen, weil die Regierung die notwendigen Maßnahmen, restlose Beschlagnahme und Anbauzwang, nicht durchführen kann und nicht durchführen will, da sie ja die getreue Helfertin der Agrarier ist. Auch der ADGB. hat ja in seinen bisher aufgestellten 28 Forderungen die Bekämpfung des Wuchers gefordert. Der Erfolg des ADGB. sind die unverschämten Forderungen der Agrarier, die, wenn der Kurs von der Regierung so weiter beibehalten wird, ohne weiteres erfüllt werden. Jedenfalls schöne Aussichten für die arbeitende Bevölkerung.

Neugründung am Getreidemarkt

Unter Beteiligung der Ostelbischen Spritwerke G. m. b. H., Produktenabteilung, Berlin-Charlottenburg, und der Firma M. Sperling, Berlin, wurde eine Gesellschaft zum Gerstenhandel unter dem Namen Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. mit einem Kapital von zwei Millionen Mark gegründet.

Die Junker und Agrarier, die sich mit allen erdenklichen Mitteln gegen das Umlageverfahren für Getreide wenden, schreiten zur Selbsthilfe. In allen Teilen des Reiches gründet der Landbund mit seinen Produktenabteilungen und den Banken Getreideverwertungsgenossenschaften. Diese kaufen von den Klein- und Mittelbauern das Korn, die Gerste und den Weizen auf und geben ihnen dafür Kali, Maschinen, Baustoffe, Saatgut und sonstige Naturalien. Dadurch wollen die Landbündler unter Führung des Freiherrn von Richthofen die Kleinbauern an sich ziehen, damit sie ebenfalls gegen die Umlage Krach schlagen sollen.

Die ostelbischen Junker verstehen es ausgezeichnet, die Getreideumlage zu sabotieren.

Steuerdrückebergerei

Als in der Vorkriegszeit durch die sozialistischen Blätter die Nachricht ging, daß einige Gutsbesitzer weniger Steuern als ihre Knechte zahlen, da wurde diese Nachricht als ein Märchen angesehen. Doch sie war Tatsache. Heute, in der freien demokratischen Republik, sollen solche ähnlichen Fälle auch noch vorkommen.

Der „Landbund" hält sich nur zur Bearbeitung der Steuersachen eigens einen Rechtsanwalt, der dafür zu sorgen hat, daß dem Reich und Staat die nach den bestehenden Gesetzen zu entrichtenden Steuern auf Heller und Pfennig von den Landbündlern gezahlt werden. Oder sollte er die gerade umgekehrte Aufgabe haben? **Bei der bekannten Steuerfreudigkeit der Agrarier dürfte man eigentlich nicht daran zweifeln. Und wenn in der Umgebung von Halle es noch Guts- und Rittergutsbesitzer, die für ihre Güter von 225 Morgen und darüber nur 22 000 Mark Einkommensteuer zahlen sollen, während andere, nicht dem Landbund angehörende Bauern, für 100 Morgen Land 41 000 Mark Steuern zahlen müssen, dann liegt es natürlich an dem geringen Ernteertrag, den die großen Gutsbesitzer trotz bester Maschinen und besten Düngemitteln nur erzielt haben. Oder zeigt sich hier das „segens"reiche Wirken des Landbund-Rechtsanwalts? Eine solche ungleiche Steuerveranlagung läßt den Verdacht aufkommen, daß entweder die Nachprüfung der Steuereinschätzung vom Steueramt nicht mit der genügenden Sorgfalt geschehen oder aber die Einschätzung ist so geschickt gemacht, daß das Honorar, das der Rechtsanwalt bekommt, von den „gesparten" Steuern beglichen werden kann.**

Die Not der Agrarier ist so hoch gestiegen, daß sie für ihre sechs- bis achtjährigen Töchter heute schon die Ausstattung für ihre etwaige Verheiratung kaufen müssen. Böse Gemüter könnten hierbei auf den Gedanken kommen, daß diese Einkäufe zum Zweck der Steuerhinterziehung gemacht werden. Unter Landarbeitern geht das Gerücht um, daß die Agrarier ihr Geld nicht mehr zählen, sondern sogar schon wiegen.

Die Agrarier halten sich also zur Steuerregulierung einen Rechtsanwalt, den Arbeitern werden die Steuern sofort vom Lohn abgezogen. Die Arbeiter haben im Steuerjahr 1921 zuviel Steuern gezahlt, die sie nun zurückerhalten. Die Agrarier haben für 1921 ihre zu niedrig eingeschätzten Steuern heute noch nicht gezahlt. Im vorigen Jahre waren 21 000 Mark bedeutend mehr wert als heute, die Agrarier können also bei ihrer Steuerzahlung sogar noch Valutagewinne machen. Aber das Grundprinzip der deutschen Republik heißt: Spare, Spare, d. h., wenn es sich um Gehälter und Löhne handelt.

Delitzsch

Schützer der Republik. Der Genosse Baumgärtel hatte in der Stadtverordnetensitzung vom 28. Juni die am Tage der Rathenau-Demonstration am Rathaus hängende preußische Fahne als „preußischen Lappen" bezeichnet. Er hatte damit sagen wollen, daß an einem solchen Tage mindestens mit der republikanischen Reichsfahne geflaggt sein müsse und daß dieses Symbol der altpreußischen Reaktion doch eine Herausforderung war. Es hat ihm voll und ganz ferngelegen, etwa die Flagge des Freistaats Preußen irgendwie mit dieser Bemerkung zu treffen. Daß die Fahne tatsächlich ein Lappen war, kann wohl jeder, der diesen Schmutzfetzen sah, mit gutem Rechte behaupten. Der Zweite Bürgermeister Grüneberg (Stahlhelmmitglied) hat es fertiggebracht, unseren Genossen B. wegen dieser Aeußerung bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Als Zeugen fungieren die beiden Antirepublikaner (Beamte!) Dr. Müller und Rendant Kuntzke. Beide lehnten in der letzten Stadtverordnetensitzung die Anschaffung einer Reichsflagge ab. (Man sieht, wo der Hase im Pfeffer liegt. Verdächtig, sehr verdächtig!) Ist es unserem lieben guten Zweiten Bürgermeister wirklich nicht gelungen, zwei andere Zeugen aufzubringen? Das Bild sieht nach richtiger Beleuchtung ganz anders aus. Weiß man doch, daß alle drei in dem berüchtigten Stahlhelmbund waren, denen der Genosse Baumgärtel doch schon lange ein Dorn im Auge ist. Ich erinnere an Kerttig, wo sich einzelne Mitglieder desselben echt stahlhelmmäßig, raufs- und radaulustig benahmen. Kommunistenhund und dergleichen Ausdrücke fielen (hauptsächlich von einem gewissen Richter). Arbeiter, merkt es gut. Behaltet solche Elemente immer gut im Auge und im Gedächtnis. Ist das alles nicht ein reiner Hohn? Stahlhelmbrüder und republikfeindliche Elemente erstatten Anzeige gegen Republikaner! Die Sache wandert natürlich zum Oberreichsanwalt und die Verordnung zum Schutze der deutschen Republik vom 26. Juni 1922 soll angezogen werden. „Auch gegen links", so sagte ja Herr Radbruch. Die Arbeiterschaft ersieht hoffentlich daran, was ihre Demonstrationen genutzt haben. Frecher wie früher schwingt die Gegenrevolution ihr Haupt. Müller, Kuntzke, Grüneberg hätten sofort entlassen werden müssen ob ihres republikfeindlichen Verhaltens. Nein, sie dürfen jetzt klagen, nicht etwa, weil die Fahne des Freistaats Preußen hätte gemeint sein können, sondern — weil der Lappen des alten monarchistischen Preußens, das ihre Sehnsucht ist, beleidigt war. — Der Erfolg vom zweimaligen Aufmarsch der Arbeiterbataillone: „Die Reaktion triumphiert mit hohnlachendem Gesicht".

Delitzsch-Kyhna

Im Kaiserreich Haases. Der Arbeiterschaft ist wohl noch das reaktionäre Vorgehen des Kyhnaer Amtsvorstehers Haase bekannt, der im Dezember 1921 der Delitzscher KJ. die Abhaltung eines proletarischen Unterhaltungsabends verbot. Im Reiche Haases gibt es aber noch tollere Elemente. Die KJ. Delitzsch hatte es durch intensive Werbetätigkeit fertiggebracht, daß im reaktionären Kyhna eine Kommunistische Jugend von etwa 20 Jugendlichen entstand. Am Sonntag, dem 30. Juli 1922, trafen sich nun etwa 150 Jugendliche von Delitzsch, Brehna, Kyhna und Landsberg zu einem Spielnachmittag auf der Kyhnaer Dorfwiese. Mitten im frohen Spiel erschien der Gemeindevorsteher Großmann und verlangte eine Bezahlung der Wiese. Als der Genosse Baumgärtel erklärte, er will sich darüber erst mal beim Landrat Raute befragen, verzog sich dieser edle Herr wieder. Der Genosse B. machte ihm außerdem darauf aufmerksam, daß ja mit der Veranstaltung keine Einnahme verbunden sei und daß die Volkstänze durchaus im Interesse einer gesunden Jugendpflege liegen. Doch dafür hatte dieser Spießbauer natürlich wenig Verständnis. Gegen 5 Uhr wurde dann eine gemeinsame Demonstration durch das Dorf veranstaltet. Als Genosse Baumgärtel im Anschluß daran noch einige Worte an die Jugend richten wollte und eine kleine Mauer bestieg, erschienen plötzlich die beiden Feldhüter von Kyhna und verlangten, daß B. sofort die Mauer verlassen sollte. Wir lehnten das grundsätzlich ab und machten die beiden Schotenhüter auf ihre wirkliche Tätigkeit aufmerksam. Als der eine Feldhüter dann versuchte, Baumgärtel am Fuße herabzuziehen, drängten ihn die Jugendlichen zurück. Obwohl er rückenfrei war und von der Jugend nicht berührt wurde, griff er zum Revolver und bedrohte die Jugendlichen. Nur unseren älteren Jugendgenossen ist es zu danken, daß ein Unglück verhütet wurde. Darauf forderte uns der Besitzer auf, die Mauer zu verlassen, was dann sofort geschah. Auf zwei zusammengestellten Rädern sprach Genosse Baumgärtel kurze Worte der Empörung. Er geißelte die reaktionären Frechheiten der sogenannten Staatsbeamten und Staatsdiener. Als der Rotgardistenmarsch ertönte, erschien der Gemeindevorsteher Großmann wieder und wollte die Versammlung verbieten. Ihm wurde gesagt, daß er sich mit der Reichsverfassung vertrauter machen soll, auch wenn das einem Landbündler und Stahlhelm schwer fällt. Wir fragen nun an, was sagt der Landrat Raute zu solchen Gemeindebeamten; was gedenkt er zu tun, um solche unfähigen Schotenhüter zu beseitigen? Eine Delegation der Jugend wird bei ihm vorsprechen und Klärung des Falles verlangen. Die Angelegenheit wird ebenfalls den Landtag beschäftigen. Der Arbeiterschaft von Kyhna rufen wir aber zu: „Heid auf der Hut!" Wir verlangen die sofortige Zurückziehung solcher Elemente und Bestrafung wegen leichtfertigen Umgangs mit Waffen. Nieder mit diesen Mordgesellen.

Paupitzsch

Schießwütiger Flurschütze. Ein Flurschutzbeamter schoß auf einen 20jährigen Arbeiter, den er im Forste antraf. Er schoß ihn in den Unterleib. Trotz der schweren Verletzung versuchte der Arbeiter zu entfliehen. Am Eisenbahndamm traf ihn dann eine zweite Kugel in die Schulter. Nach allerdings unbestätigten Nachrichten soll der Arbeiter den Schuß des Flurschützen erwidert haben. Der Arbeiter liegt in der Hallischen Klinik schwer darnieder. — Die bürgerliche Presse jammert über die zunehmenden Felddiebstähle. Gebt den Arbeitern genügenden Lohn und genügend Pachtland, dann hören die Diebstähle von selbst auf. Aber die Agrarier geben von Jahr zu Jahr weniger Acker ab und drücken den Reallohn immer tiefer. Als einziges Mittel wissen sie nur bewaffnete Mörderbanden auf die Arbeiter loszulassen.

Greppin

Oeffentliche Versammlung. In unserer öffentlichen Versammlung sprach Genosse Schmidt (Halle) über die politische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0006

Lage. An Hand von Beispielen zeigte er treffend die Unfähigkeit der Regierung und der Sozialisten, das Proletariat aus der Verelendung zu retten. Und auch die kommende Hochzeit der SPD. und USPD. vermag das Proletariat über den Verrat der revolutionär sein wollenden Parteien nicht zu überzeugen. Denn tiefer und tiefer ist die Arbeiterklasse durch die Koalition gesunken. Die letzten Ereignisse der sozialistischen Parteien werden den Beweis zu erbringen haben, wer lebensfähiger ist, die KPD. oder die Bürgersozialisten. Trotz Aufforderung des Vorsitzenden zur Wortergreifung meldeten sich keine Gegner. Sie versuchen sich anscheinend von der letzten Versammlung zu erholen. Das durfte doch aber auch nicht kommen. Wir kennen schon unsere Pappenheimer, in der Versammlung mäuschenstille und nachher viel Tamtam. Genosse Wieske wies noch auf die Gründung der Kommunistischen Kindergruppe am kommenden Dienstag 6½ Uhr in Schmidts Lokal hin. Genossen! Erkennt die bittere Zeit, da hilft kein Beiseitestehen, sondern reger Anteil an der gesamten Bewegung, sei es in politischer, gewerkschaftlicher oder genossenschaftlicher Arbeit. Hier ist Grundbedingung, daß jeder Arbeiter den „Klassenkampf" liest, um den Ereignissen folgen zu können, die sich täglich abspielen. Heraus mit den bürgerlichen Zeitungen, die Eure Interessen nicht vertreten können.

Weißenfels

Das Unwetter hat im Kreise Weißenfels großen Schaden angerichtet. Die Getreidefelder sind teilweise durch Hagelschlag niedergeschlagen, die Obsternte hat sehr gelitten, teilweise auch die Rüben- und Kartoffelernte. In weitem Umkreise sind die elektrischen Licht- und Telephonleitungen zerstört worden. — Die bürgerliche Presse benutzt dieses Unwetter zu einem Vorstoß gegen die Getreideumlage, nicht etwa nur zu einer Befreiung von der Umlage der vom Unwetter betroffenen Landwirte, sondern gegen die Umlage überhaupt. Man steht, den Agrariern ist jedes Mittel recht. Sie besitzen sogar die Frechheit, für den „armen" Rittergutsbesitzer von Teuchern eine Hilfsaktion zu fordern.

Höhnstedt

Der übermütige Flurschützer. Als am vergangenen Donnerstag die Buttenbergschen Landarbeiter vom Felde heimkehrten, wurden sie von dem vom Landbund engagierten Flurschutz angehalten und kontrolliert wie Kriminalverbrecher. Es war schon mehr ein Ueberfall, den der Flurschütze sich erlaubte. Den Frauen wurden unter anderem die Körbe vom Rücken gerissen, daß Frauen und Körbe auf der Straße herumkugelten. Als die männlichen Arbeiter energisch gegen solche Behandlung protestierten, hielt der Flurschütze seinen Karabiner schußbereit dem sechzigjährigen Arbeiter Otto unter die Nase und drohte mit Erschießen. Der 19jährige schießlustige Bengel erlaubt sich also, einem 60jährigen Arbeiter mit Erschießen zu drohen. Demnach scheinen bei dem Schießlustigen die Kugeln recht locker zu sitzen. Infolge dieses unerhörten Vorgehens seitens des Flurschützen wurde die Arbeiterschaft beim Herrn Buttenberg vorstellig und drangen darauf, daß entweder der Schießgeselle davongejagt wird oder die Landarbeiter die Arbeit niederlegen würden. Der Herr versprach auch, den „Beamten" zu entlassen, aber bis heute erfreut er sich noch seines Daseins. Es kann wirklich feierlich werden, wenn zur Erntezeit dieser Held mit seinem Schießprügel hinter den Arbeitern herjagd. Vielleicht äußert sich der Herr Landrat einmal zu dieser Angelegenheit.

Aken

Ein Opfer seiner Hilfsbereitschaft wurde der 16jährige Karl Ziemer, als er ein badendes Mädchen, das sich zu weit in die Elbe hinausgewagt hatte, retten wollte. Er hatte die Untergehende schon erreicht, als ihn die Kraft verließ und er infolgedessen ertrank. Das Mädchen ist von anderen zu Hilfe eilenden Personen gerettet worden.

Hedersleben

Kindesaussetzung. In der Hausneindorfer Feldflur wurde ein neugeborenes Kind tot aufgefunden, als dessen Mutter eine polnische Arbeiterin festgestellt und verhaftet wurde. — Die unglückliche Mutter wird nun wegen Mord verurteilt werden. Nach den Beweggründen, die nur in der sozialen Lage der Mutter liegen können, wird nicht gefragt und der Vater des Kindes, noch dazu, wenn e ekein Arbeiter, sondern ein „Höhergestellter" ist, geht straffrei aus. So will es das Gesetz.

Halberstadt

Landarbeiterstreik. In Halberstadt und fünf umliegenden Ortschaften sind heute früh die Landarbeiter wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. — Ueberall erheben sich die Landarbeiter, trotzdem die Bureauktatie des DLV. alle Streiks im Magdeburger Bezirk als „wilde" erklärt und sich gegen die rebellierenden Landarbeiter stellt.

Vom Tage

Brand. Cottbus, 2. August. Das vierstöckige Haus der Firma Rotika ist niedergebrannt. Das Maschinenhaus und die Villa des Fabrikanten sind gerettet.

Doppelselbstmord auf den Schienen. Leipzig, 2. August. Ein Bahnbeamter fand auf den Schienen nahe der Station Probstdeuben zwei junge Leute, die sich eng umschlungen hatten, überfahren auf. Nach den vorgefundenen Papieren handelt es sich um Oswald Richard Seifert aus Reichenhall und Gertrud Ella Deschläger aus Cunsdorf bei Plauen. Ueber die Beweggründe zur Tat ließ sich bis jetzt nichts feststellen.

Die Cholera in Südslawien. Belgrad, 1. August. Der Minister für Gesundheitspflege veröffentlicht einen Bericht über die Cholera in Südslawien, in dem zugegeben wird, daß in Südslawien Fälle von Cholera vorgekommen seien. Er erklärt, daß sie durch Matrosen von Rußland her eingeschleppt worden sei. In Odessa seien gegenwärtig 3000 Personen an Cholera erkrankt. In Saloniki seien 20 Fälle von Cholera festgestellt worden. Auch in den Bocche di Cattaro seien 82 Personen an Cholera erkrankt. Diese hätten die Krankheit aus Marseille eingeschleppt.

Der Erfinder des Fernsprechers gestorben. London, 3. August. Dr. Alexander Graham Bell, der Erfinder des Fernsprechers, ist in Baddeck (Neuschottland) 75 Jahre alt gestorben.

Streik der jüdischen Arbeiter in Königsberg. Königsberg i. Pr., 1. August. Seit heute morgen streiken in Königsberg, Insterburg, Allenstein, Lyck, Gumbinnen, Marienburg, Elbing und Braunsberg die städtischen Arbeiter wegen nicht bewilligter Lohnforderungen.

Streikabstimmung der Angestellten in Frankfurt. Frankfurt a. M., 3. August. In einer Versammlung der im Gewerkschaftsbund der Angestellten und im Zentralverband der Angestellten organisierten Gehilfen und Gehilfinnen wurde bekanntgegeben, daß bei der Streikabstimmung in den Betrieben am Montag 90 Prozent sich für den Streik erklärten.

Neue Druckschriften

Das proletarische Kind. Achtung, Elternbeiräte, Lehrer, Schulpolitiker, Kindergruppenleiter! Ueber die Lehren der Elternbeiratswahlen bringt das soeben erschienene Heft 7 des „Proletarischen Kind" wichtige Beiträge. Aus dem übrigen Inhalt: 1. Reichskonferenz der kommunistischen Kindergruppen Deutschlands; Sexuelle Erziehung von Blonsky; Aus der Praxis für die Praxis; Kinderlend; Kindergruppenbewegung. Zu beziehen durch Verlag „Junge Garde" und alle Literaturobleute sowie kommunistische Buchhandlungen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Konrad Finkelmeier; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Hiermit bestelle ich vom ..... den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", den Beilagen: „Kämpfende Jugend" und „Die kommunistische Frau" zum Preise von 45 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnementsgelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Parteifest, 6. August:
Extra-Einlage im Kabarett!
Die scharfe Satire:
Eine republikanische Schulstunde.
3102

Verband der Kupferschmiede Deutschl., Filiale Halle a. d. S.
Sonnabend, den 5. August 1922, in der „Kette":
Mitgliederversammlung.
Die Versammlung mit dem Bericht vom Gewerkschafts-Kongreß in Leipzig findet 8 Tage später statt und wird rechtzeitig bekanntgegeben.
3105 Der Vorstand.

Alles teuer! 3113
Seefische billig,
weil Fische höchstens den 5. Teil des Fleisches kosten und ebenso nahrhaft sind.
Aus frisch eintreffendem Kühlwaggon:
Goldbarsch ohne Kopf
Seelachs ohne Kopf
Seeaal Lengfisch, o. Kopf Pfd.
1500 Pfennige.
Rotzungen, Austernfisch, Angelschellfisch, Kabbonaden.
„Nordsee" Deutschlands größter Seefischhandel.
Telephon 1274, 1275, 5904.

Für Markensammler!
Russische Briefmarken.
Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Möbel
jetzt noch billig!
Speisezimmer, echt Eiche, Schlafzimmer mit 140, 150, 160 und 180 cm breiten Schränken, Küchen in allen Größen und Ausführungen verkauft noch preiswert
M. Jungblut, 1314
Albrechtstraße 37. — Albrechtstraße 37.
Bitte auf Firma u. Hausnummer achten.

Moderne Drucksachen
in ein- und mehrfarbiger Ausführung liefert die „Klassenkampf"-Druckerei in Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, schnellstens und preiswert :: Spezialabteilung für Reklame- und Massendrucksachen :: Verlangen Sie Offerte, rufen Sie 2251 an, unsere Vertreter stehen zu Diensten

Meine Preise gehen jeden Tag höher
Datum überzeugen Sie sich
28 Lessingstr. 28
Gelegenheitskauf von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Dort wird jedes Geschrei überboten
Kupfer . . Kilo 100 Mk. Zeitungen Kilo 8,00 Mk.
Blei . . Kilo 35 Mk. Bücher . . Kilo 8,00 Mk.
Zink . . Kilo 30 Mk. Schmiedeeisen Kilo 4,50 Mk.
Rotguß . . Kilo 85 Mk. Maschinengußeisen Kilo 6,00 Mk.
Lumpen (unsort.) 5,00 Mk. Strumpfwolle 30,00 Mk.
Hanfseile bis 75,00 Mk. Ziegenfelle bis 275,00 Mk.
Weinflaschen 4,50 Mk. 3116
Außerdem kaufe ich alle Sorten Fleischen und Felle und zahle immer 20 Prozent mehr als jede andere Konkurrenz.
Fritz Wilsdorf,
Tel. 4926. Rohprodukten-Zentrale. Tel. 4926.
Fabrik- und Trockenwerkstätten.

Tüchtige, geübte Feilenschleifer stellt sofort ein *659
Ammendorfer Maschinen- u. Feilenfabrik G. m. b. H.

Modezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Bettwäsche
Vom 4. bis 12. August
Großer Eröffnungsverkauf
zu staunend billigen Preisen.
Noch ist es Zeit bevor die weitere, unausbleibliche, diesmal ganz bedeutende Preissteigerung einsetzt, Ihren Bedarf für die nächste Zeit bei uns preisw. zu decken.

Deckbettbezüge	aus Wäschetuch, Leinen und Renforcé .	Stück	280,00	340,00	495,00	550,00 usw.
Kopfkissen	dazu	„	85,00	105,00	145,00	155,00 usw.
Deckbettbezüge	ohne Mittelnaht . . .	„	625,00	725,00	825,00	usw.
Bunte Bezüge	gute, waschechte Qualität	„	570,00	690,00	790,00	usw.
Bettlaken	in allen Größen und Breiten . .	„	195,00	240,00	290,00	340,00 usw.
Inletts	in glatt und gestreift	„		750,00	900,00	1050,00

Wäschestoffe, Handtücher, Tischtücher, Lakenstoffe, bunte Bezugstoffe, Damaste, gestreifter Satin
weit unter Tagespreis. *658
Konkurrenzlos riesige Auswahl. Bedienung nur durch Fachleute.
Während des Eröffnungsverkaufes 5% Rabatt.
Berliner Bettwäschefabriken
Verkaufsstelle Halle a. d. S. Ludwig-Wucherer-Straße 28.
Geöffnet von 8—6 Uhr.

Verband der Fabrikarbeiter
Zahlstelle Halle a. d. S.
Sonntag, den 6. August, vorm. 9 Uhr, im „Volksparl-Restaurant":
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren.
2. Bericht vom Verbandstage in Frankfurt a. M. Referent Kollege Somiski. Korreferent Kollege Tolski-Magdeburg.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der Wichtigkeit ist es Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt. 3104
Die Ortsverwaltung.

Schlafzimmer-Einrichtung, hell Eiche, 14teilig, Mahag.-Nr.-Spiegel, Nußbaum-Salontisch, Nußbaum-Turn.-Vertikow, Kommode und anderes mehr zu verkaufen. 3115
Gelegenheitskäufe, Bernburger Str. 22.

543 Leder-Sport-Gürtel in 6 verschied. Farben 40 mm breit 85,00 Mk. 30 mm breit 65,00 Mk.
J. Rautenberg, Leipziger Straße 87, Gr. Brauhausstraße.

Werbt für den Klassenkampf

Denkt an die Rußlandhilfe!
Fahrräder u. Nähmaschinen erstklassige Marken in großer Auswahl zu äußerstem Preise! 542
Conrad Wurmstich, Merseburger Straße 163.

Jugendschriften, empfiehlt Volksbuchhandlung

Wissen Sie schon?
wo Sie am billigsten aller Art
Herren-Garderoben
kaufen? Nur in *660
Rieseis Monatsgarderoben,
Eingang-Geschäft, Gr. Märkerstraße 22, I.
Bis 6 Wochen hänge gekaufte Sachen ohne Preisaufschlag zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Zehn Tage, die die Welt erschütterten

Verlag Carl Hoym, Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg

33] Von John Reed

Eine Debatte entspann sich, und einer nach dem andern der Matrosen und Soldaten trat der Auffassung des Matrosen bei, der zuerst gesprochen hatte. Zuguterletzt holten auch die Rotgardisten ihre schmutzigen „Bumagas" (Papiere) hervor. Alle waren sie von gleichem Aussehen, bis auf meinen, den ich vom Revolutionären Stab in Smolny hatte. Die Posten erklärten mir, daß ich mit ihnen gehen müsse. Die Rotgardisten widersprachen lebhaft; aber der schon erwähnte Matrose nahm noch einmal das Wort: „Ich weiß, daß dieser Kamerad gut und zuverlässig ist", sagte er, „aber die Befehle des Komitees müssen unbedingt respektiert werden. Das eben ist revolutionäre Disziplin!"

Um den Streit zu beenden, kletterte ich schließlich von dem Wagen hinunter. Er fuhr weiter, und die Kameraden winkten mir zu, bis ich sie nicht mehr sah. Die Soldaten berieten eine Weile miteinander und führten mich dann zu einer Mauer, an die sie mich stellten — und plötzlich dam mir der Gedanke: „Um des Himmels willen, sie wollen dich erschießen."

In der Nähe kein Mensch. Ganz hinten nur ein dünner Rauchfaden, der von dem Schornstein eines alleinstehenden Holzhauses aufstieg. Es mochte eine Viertelmeile bis dahin sein. Die beiden Soldaten gingen ein Stück in den Weg hinein. Ich lief verzweifelt hinter ihnen her.

„Aber Kameraden, sehe doch! Hier der Stempel des Revolutionären Kriegskomitees."

Sie starrten dumm auf meinen Paß und blickten dann einander an.

„Er ist nicht wie die andern, Bruder", sagte der eine eigensinnig. „Wir können nicht lesen."

Ich nahm ihn beim Arm. „Kommt", sagte ich. „Laßt uns dort nach dem Hause gehen. Da ist sicher jemand, der lesen kann." Sie zögerten. „Nein," sagte der eine. Der andere musterte mich. „Warum nicht? Es ist immerhin eine große Sünde, einen unschuldigen Menschen zu töten."

Wir gingen nach dem Hause hin und klopften an die Vordertür. Eine kleine untersetzte Frau öffnete und schreckte entsetzt zurück, stammelnd: „Ich kann Ihnen garnichts sagen." Einer meiner Wächter hielt ihr meinen Paß unter die Nase. Sie kreischte. „Sie sollen nur lesen, Genossin." Zögernd nahm sie das Papier und las dann laut und stießend:

„Der Inhaber dieses Passes, John Reed, ist ein Internationalist und Vertreter der Amerikanischen Sozialdemokratie."

Nachdem wir wieder draußen waren, hielten die Soldaten eine neue Beratung. „Wir müssen Sie zum Regimentskomitee bringen", erklärten sie mir. Wir stampften in der schnell sinkenden Dämmerung den schmutzigen Weg entlang, verschiedene Male angehalten von Soldatenhaufen, die mich drohend umringten, meinen Paß bestarrend und heftig streitend, ob ich erschossen werden müsse oder nicht.

Es war schon finster, als wir die Kasernen der 2. Zarskoje Sjelo-Schützen erreichten, niedrige langgestreckte, ohne Plan und Sorgfalt längs der Hauptstraße hingestellte Gebäude. Am Eingang wieder Soldaten, in nachlässiger Haltung, meine Wächter mit Fragen bestürmend. „Ein Spion, ein Provokateur?" Wir stiegen eine Wendeltreppe hinauf und kamen in einen großen kahlen Raum mit einem riesigen Ofen in der Mitte und Reihen von Lagerstätten am Boden, wo gegen tausend Soldaten Karten spielten, sangen, plauderten oder schliefen. Im Dache war ein mächtiges Loch, das von einer Kerenskischen Granate herrührte.

Ich stand am Eingang. Durch die Gruppen lief ein plötzliches Schweigen. Alles wandte sich nach uns um und starrte mich an. Dann begannen die Soldaten auf uns einzudringen, langsam erst, dann immer schneller, schreiend, mit haßerfüllten Gesichtern. „Halt, halt, Kameraden!" schrie einer meiner Wächter. „Das Komitee, das Komitee!" Die Menge stand, mich umringend, murrend. Ein hagerer junger Mensch mit einer roten Armbinde drängte sich vor. „Wer ist das?" fragte er rauh. Die Wächter erstatteten ihm Bericht. „Geben Sie mir das Papier!" Er las es sorgfältig, mich mit scharfen Augen musternd. Dann flog ein Lächeln über sein Gesicht und er gab mir meinen Paß zurück. „Kameraden! Dies ist ein amerikanischer Kamerad!" und zu mir gewendet: „Ich bin der Vorsitzende des Komitees. Ich heiße Sie in unserm Regiment willkommen." Bei den Soldaten erst ein erstaunites Gemurmel, das rasch zu einem Sturm herzlicher Begrüßungen anwuchs. Alle drängten vorwärts, mir die Hand zu drücken.

„Sie haben sicher noch nicht gegessen? Wir sind hier schon fertig. Aber Sie können in den Offiziersklub gehen. Da sind auch Leute, die Ihre Sprache sprechen."

Wir betraten den Speisesaal, wo an einem in der Mitte stehenden Tisch gegen zwanzig Offiziere saßen, in Galauniform, mit gold- und silberknaufigen Degen und mit den Bändern und Kreuzen ihrer kaiserlichen Dekorationen geschmückt. Alle erhoben sich höflich, als ich eintrat, und mir wurde ein Platz neben dem Obersten offeriert. Gewandte Burschen servierten das Essen. Die Atmosphäre unterschied sich in nichts von der eines beliebigen europäischen Offiziersklasinos. Wo war hier die Revolution?

„Sie sind keine Bolschewiki", fragte ich Moronski.

Ein Lächeln lief durch die Runde; aber ich sah auch einen oder zwei einen flüchtigen Blick auf die Ordonnanzen werfen.

„Nein", erwiderte mein Freund. „Im Regimeni ist nur ein bolschewistischer Offizier, und der ist heute abend in Petrograd. Der Ober ist Menschewik, der Hauptmann Kherlow gehört der Kadettenpartei an, und ich selber gehöre zu den Rechten Sozialrevolutionären. Die Offiziere der Armee sind wohl meist keine Bolschewiki; aber sie sind überzeugte Demokraten, und sie halten es für ihre Pflicht, den Massen der Soldaten zu folgen."

Nach dem Essen wurden Karten hereingebracht, die der Oberst auf dem Tisch ausbreitete. Alles drängte sich heran, um zu sehen. „Hier", sagte der Oberst, auf eine Bleistiftlinie weisend, „befanden sich unsere Stellungen heute morgen. Wladimir Kyrilowitsch, wo ist jetzt Ihre Kompagnie?"

Hauptmann Kherlow zeigte: „Wir haben den erhaltenen Befehlen entsprechend Stellungen längs dieses Weges bezogen. Karsawin hat mich um fünf abgelöst."

Indem wurde die Tür geöffnet, und der Vorsitzende des Regimentskomitees und ein anderer Soldat traten ein. Sie traten zur Gruppe hinter dem Obersten und betrachteten die Karte.

„Gut!" sagte der Oberst. „Die Kosaken haben sich in unserm Abschnitt um zehn Kilometer zurückgezogen. Ein weiteres Vorrücken scheint mir in diesem Moment nicht nötig. Meine Herren, halten Sie heute nacht die gegenwärtige Linie und befestigen Sie die Stellungen mittels . . ."

„Wenn ich bitten darf", unterbrach hier der Vorsitzende des Regimentskomitees. „Die Befehle lauten: „Im schnellstmöglichen Tempo vorrücken, die Kosaken morgen in aller Frühe nördlich Gatschina angreifen, sie vernichtend schlagen." Bitte treffen Sie die entsprechenden Maßregeln."

Ein kurzes Schweigen folgte. Der Oberst wandte sich von neuem der Karte zu. „Sehr gut", sagte er mit verändertem Tonfall. „Stefan Georgowitsch, wollen Sie bitte . . ." Und rasch einige blaue Linien einzeichnend gab er seine Befehle, während ein Sergeant stenographierte. Der Sergeant ging dann hinaus, um zehn Minuten später eine maschinenschriftliche Ausfertigung des Befehls nebst einem Kohledurchschlag hereinzubringen. Der Vorsitzende des Komitees studierte die Karte an Hand der Kopie des Befehls.

„Gut", sagte er sich erhebend. Er faltete die Kopie zusammen und steckte sie in die Tasche. Dann unterzeichnete er den Befehl, stempelte ihn mit einem Siegel, das er aus seiner Tasche nahm, und überreichte ihn dem Obersten.

Hier fühlte ich wieder die Revolution!

Zurück nach dem Sowjetpalast in Zarskoje kehrte ich in dem Regimentsstabsauto. Eben kam Dybenko heraus, nach allen Seiten rasche Befehle erteilend, in der Hand seinen mächtigen Revolver. Ein Automobil stand da mit stampfendem Motor. Dybenko schwang sich in den hinteren Sitz, ohne Begleitung, und sauste davon — nach Gatschina, um Kerenski einen Schlag zu versetzen.

Gegen Abend hatte er die Stadtgrenze erreicht und ging zu Fuß weiter. Was er mit den Kosaken besprochen hatte, weiß niemand. Tatsache aber ist, daß der General Krasnow mit seinem Stabe und einigen tausend Kosaken die Waffen streckte und Kerenski den Rat gab, dasselbe zu tun.

VIII

Moskau

Am 16. November abends sah ich 2000 Rotgardisten den Sagorodny-Prospekt hinuntermarschieren, an ihrer Spitze eine Militärkapelle, die die Marseillaise spielte, mit blutroten Fahnen, die heimkehrenden Brüder zu begrüßen, die siegreich das rote Petrograd verteidigt hatten. Männer und Frauen, ihre Gewehre fest gepackt, in der kalten Dämmerung durch die schlecht beleuchteten, schlüpfrigen Straßen stampfend, an schweigenden Haufen von Bourgeois vorbei, die sie verächtlich aber furchterfüllt vorbeiziehen sahen. (Fortsetzung folgt.)

Die Fabrik

Düster, breit, kahl und eckig
Liegt im armen Vorort die Fabrik.
Zuckend schwillt, schrill und brutal
Aus den Toren Maschinen-Musik.

Schlot und Rohr und Schlot und Schlot,
Heißdurchfostes Turmgestein,
Speien dickes Qualmgewölk
Ueber traurigstarre Häuser, Straßenkot.

Tausend Mann, Schicht um Schicht.
Saugt die laute Arbeitshölle auf.
Zwingt sie all in harte Pflicht
Stunde um Stunde.

Bis der Pfiff heiser gellt:
Aus offnem Tore strömen dann
Mädchen, Frauen, Mann und Mann —
Blasses Volk — müde — verquält —

Schläft der Ort —: glüh und grell
Schreit aus hundert Fenstern Licht!
Kraftgesumm, Rädersausen, Qualm durchbricht
Roh und dumpf die Nacht —

Tag und Nacht: Lärm und Dampf,
Immer Arbeit, immer Kampf:
Unerbittlich schröpft das Moloch-Haus
Stahl und Mensch um Menschen aus.

Gerrit Engelke.

Welchen Sport treibe ich?

Von H. Bongers.

Der zweite Reichsarbeitersporttag liegt hinter uns. Vieles ist geleistet worden, jedoch werden wir nicht locker lassen, um immer wieder der breiten Masse zu zeigen, wie wir Arbeitersportler Körperkultur treiben zum Wohle der Allgemeinheit. Mögen meine Zeilen dazu beitragen, daß auch der letzte Arbeiter-Sportler zu der Ueberzeugung gelangt, daß er zu uns gehört, daß auch er Sport treiben muß mit seinen Arbeitsbrüdern, mit seinen Klassengenossen. Kämpfen wir doch als klassenbewußte Arbeiter für die Befreiung der Menschheit von den Fesseln des Kapitalismus. Die schon so oft erwähnten Gegensätze zwischen uns und anderen Sporttreibenden, den bürgerlichen und „freien" Verbänden, an dieser Stelle nochmals zu erläutern, soll nicht meine Aufgabe sein. Etwas anderes. Nach meiner Ueberzeugung ist vom Uebel für die Allgemeinheit die Tatsache, daß viele Sportler sich nur einer Sportart widmen. Nach meiner Ansicht werden sie dadurch auch einseitig denken und handeln in allgemeinen wichtigen Lebenslagen. Darin besteht eine Gefahr für den gesamten Kulturfortschritt, den weiterzutreiben auch zu den Aufgaben der Arbeitersportbewegung gehört.

Lieber Leser, bedenke, nicht umsonst hat es führende Männer gegeben, die forderten: „Man muß die Arbeiter soviel mit Sport beschäftigen, daß sie an nichts anderes mehr denken." Richtig verstanden, bedeuten diese Worte nichts weiter, als daß man die Arbeiterklasse durch den Sport wieder zu Heloten, zu denkfaulen Menschen machen möchte. Ich möchte natürlich nicht alle diejenigen damit treffen, die sich für eine bestimmte Sportsart interessieren, gesagt muß aber sein, daß allzuviel eben ungesund ist und nach meiner Ansicht besteht darin eine Gefahr für die gesamte Bewegung. Sportlern rufe ich zu: „Tretet aus Eurer Einseitigkeit heraus, treibt Sport im allgemeinen."

Es dürfte besonders keinem Fußballer schwer fallen, auf dem Gebiete der Leichtathletik, dem Zukunftssport, etwas zu leisten; im allerungünstigsten Falle müssen die Genossen sich soweit durchringen, daß sie wenigstens Freiübungsturner werden. Wir müssen den Sport als etwas Höheres betrachten, als Volks-Ideal. Auf dieser Grundlage baut sich die gesamte Tätigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes auf, d. h. mit anderen Worten, der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat den Sport auf volkstümlicher Grundlage aufgebaut, also so, daß derselbe von jedermann ausgeführt werden kann.

Nun dürfte als erstes die Frage aufgeworfen werden, welche Sportsart ist die wertvollere für den menschlichen Körper? Was nun der Schwimmer, der Radfahrer, der Wanderer für sich in Anspruch zu nehmen glaubt, darf dem Turner nicht vorenthalten werden. Turnen ist aber noch nicht das, wenn man an irgend einem Gerät Bestimmtes zu leisten imstande ist, sondern unter Turnen versteht man jegliche Bewegungsart des Körpers in abgegrenztem Tempo, seien es Arm-, oder auch Rumpfbewegungen, infolge deren man dem ganzen Körper eine andere Haltung verschafft, besonders solchen Muskelgruppen, die durch einseitige Tätigkeit der jeweiligen Berufsart brach liegen, also zur Untätigkeit verurteilt sind. Dadurch allein schon erhöht sich die Blutzirkulation und wirkt somit wohltuend und kräftigend auf den ganzen Mechanismus des Menschen. Je vielseitiger nun derartige Uebungen sind, vielleicht durch Laufen, Springen oder durch Geräteturnen vervollständigt werden, um so wertvoller sind dieselben für den Ausführenden.

Denn Uebung stählt die Kraft, bildet die Organe und formt den Körper.

Bei russischen Arbeitern

Ein Gang durch Moskauer Betriebe.

Gestern waren wir in der Maschinenfabrik Bromley. Draußen in der Vorstadt. Der Betrieb gehört zum Moskauer Metalltrust, ist staatlich. Dieselmotoren, landwirtschaftliche Maschinen, allerhand Kleineisengeräte werden fabriziert. Keine „moderne" Fabrik, keine Massenfabrikation, sondern ein nahezu handwerksmäßiger Betrieb. 800 Arbeiter sind heute dort beschäftigt, vor dem Kriege waren es fast doppelt soviel. Krieg und Bürgerkrieg haben viele fortgerissen, der Hunger in den vergangenen Jahren hat manchen aufs Land gelockt.

Der alte Unternehmer ist längst verschwunden. Ein paar frühere Ingenieure sind geblieben, sie haben sich in die Lage hineingefunden. An der Spitze steht heute der „rote Direktor", Bogdanowitsch mit Namen. Ein Arbeiter. Wurde, wie er uns mit heute noch erstauntem Gesicht erzählt, vor einigen Monaten Direktor. Die Sache klappt sehr gut. Das Wichtigste ist, daß die Arbeiter ihm vertrauen. Gewiß, oft machen einige Krach, beschweren sich, fordern. „Aber das ist alles nicht schlimm" sagt uns Bogdanowitsch, „man verträgt sich bald wieder und gibt sich die Hand." Ein Arbeiter, der seit 25 Jahren im Betrieb ist, erzählt eine Stunde später: „Der rote Direktor? Das geht sehr gut so. Manchmal sind wir etwas heftig miteinander. Aber er ist einer von unserem Blut. Er versteht uns." So ungefähr sagen sie alle.

Von den 800 Arbeitern gehören nicht sehr viele der Kommunistischen Partei an. Die Parteiarbeit verlangt hier die Erfüllung einer so großen Menge von Aufgaben, daß viele zwar kommunistisch denken, aber den Eintritt in die Organisation scheuen. Dafür sind aber alle gewerkschaftlich organisiert. Die Kommunistische Zelle genießt große Autorität. Die Arbeiter, die parteilos sind, wissen von den Kommunisten nur Gutes zu berichten. „Sie sind ja auch nur Arbeiter, sie haben keine dicken Bäuche, sie arbeiten und leben nicht besser als wir."

Und wie arbeiten und leben sie? Der Achtstundentag wird nicht überschritten. Und der Lohn. Die hochqualifizierten Arbeiter erhalten im Monat 10 000 Sowjetrubel (also 100 Millionen Rubel von 1921), viele von ihnen aber erheblich weniger. Wieviel das ist? Nach den amtlichen Kursen umgerechnet 20 000 Papiermark. Aber solche Umrechnung ist völlig sinnlos. In Wirklichkeit ist dieser Lohn nicht hoch. Der Arbeiter kann damit gerade durchkommen. Manch einer ist nicht zufrieden damit. Eine kleine Erleichterung ist entstanden durch das Sinken vieler Preise, vor allem für Lebensmittel. Aber der Trust kann vorläufig keine Lohnerhöhung gewähren: nach der Ernte wird es auch hierin besser werden.

Alles wartet auf die Ernte. Sie soll Brot und Arbeit bringen. Denn der Betrieb wartet heute auf Aufträge, ganz im Gegensatz zu der Zeit, wo noch nicht kalkuliert zu werden brauchte, wo es noch keine „neue Wirtschaftspolitik", kein „Nepo" gab. Damals wurden Bestellungen in Fülle gemacht: jetzt aber, wo jedes Fabrikat bezahlt werden muß, ist die Nachfrage geringer geworden. Dazu kommt, daß der Trust heute die Rohstoffe, die er für seine Betriebe braucht, selber bezahlen muß: Kohle, Eisen, Holz. Das Prinzip der Rentabilität muß durchgeführt werden. Freilich gibt der Trust, der diese Rohstoffe liefert, im Bedarfsfalle die notwendigen Vorschüsse, damit die Produktion nicht stockt. Aber nach der Ernte werden wieder große Aufträge überall kommen, damit rechnet jedermann. Die Bauern werden Geld bekommen, sie werden kaufen können, sie werden das Rad der gesamten Industrie in Schwung bringen.

Anderen Betrieben geht es in dieser Hinsicht heute schon besser. So hat beispielsweise die Eisen- und Stahlgießerei Gusbon mit 2300 Arbeitern mehr Aufträge als sie ausführen kann. Man arbeitet dort mit zwei, teilweise mit drei Schichten. Der Achtstundentag wird nicht angetastet. Man könnte noch bedeutend mehr leisten, wenn die Zahl der qualifizierten Arbeiter größer wäre. An denen fehlt es überall, Krieg und Bürgerkrieg haben hier unüberwindbare Lücken gerissen. Aber trotz aller Mängel steigt die Produktivität in allen Abteilungen, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter hat vielfach den Friedensgrad überschritten. Das vorgeschriebene Produktionsprogramm ist in den meisten Betrieben weit überholt, bei Gusbon heute um 80 Prozent.

Im allgemeinen ist die Lage und die Gesinnung der Arbeiter in den Betrieben dasselbe wie bei Bromley. Ueberall der Wunsch nach höherem Lohn, aber überall Zufriedenheit mit der Verwaltung, dem „roten Direktor", der Kommunistischen Zelle. Alle, bis auf wenige Ausnahmen, für die Sowjetregierung, keiner will die Errungenschaften der proletarischen Revolution um ein Linsengericht verkaufen.

Als wir durch den gesamten Bromleyschen Betrieb durchgegangen sind, kommen wir in ein Bureauhaus. Unten kleine Schneider- und Schuhwerkstätten. Daneben die Betriebsräume. Das letzte Zimmer gehört der Kommunistischen Zelle. Wir sitzen noch eine Weile beisammen, da ist Romanoff, der Sekretär der Kommunistischen Zelle, ferner Jefim Saschilin, der Vorsitzende des Betriebsrats, und eine Anzahl anderer Genossen. Sie wollen nicht nur erzählen, sie wollen auch von uns wissen, wie es in Deutschland aussieht. Sie halten viel vom deutschen Proletariat. Und zum Schluß sagt uns Genosse Saschilin folgendes:

„Wenn Ihr nach Deutschland kommt, dann erzählt den deutschen Arbeitern, wie es uns hier geht. Sagt ihnen, sie sollen die neue Wirtschaftspolitik in Rußland nicht fürchten, etwa so, als ob die Macht aus den Händen der russischen Arbeiter gleiten könnte. Wir brauchen heute „Nepo", um so stärker werden wir morgen sein. Und vor allem sagt den deutschen Arbeitern, daß wir auf sie warten seit fünf Jahren. Wir warten darauf, daß das deutsche Proletariat seine Schuldigkeit tut so wie wir.

Friedrich Leonid.

Das gibt es noch

Ein Prozeß wegen Gotteslästerung beginnt am 9. August vor der 2. Strafkammer in Duisburg gegen den Vorsitzenden des proletarischen Freidenkervereins Hamborn (Rhld.). Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist eine Theatervorstellung, die der Freidenkerverein in Hamborn veranstaltete. Aufgeführt wurde das pazifistische und antimilitaristische Wühnenwerk „Menschenschacher" von Xaver. Das Werk wurde bei der Uraufführung und auch in Hamborn „Gott und die Hure" genannt; der Titel wurde dann, weil das Werk schwersten Verfolgungen ausgesetzt war, „Menschenschacher" genannt. In der Ankündigung unter dem ersten Titel erblickt die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der „Gotteslästerung"!

Goethe kann sich freuen, daß er seinerzeit auf den Einfall kam, seine berühmte Ballade „Der Gott und die Bajadere" zu rennen. Es gehörte der Scharfsinn eines deutschen Staatsanwalts dazu, zwischen einer Hure und einer Bajadere Unterschiede zu sehen. Oder ist, was dem Indergott recht war, dem Christengott nicht billig? Man sollte meinen, der liebe Gott hätte endlich — auch in seinen von altersher sehr problematischen Beziehungen zu Prostituierten — zu leben aufgehört. Aber vielleicht tut er dem Staatsanwalt den Gefallen und erscheint zu dem Prozeß, dessen eine Partei er darstellt. Wir werden sehen!

Illustrationen

„Irren ist menschlich!" — sagte ein Richter mitleidig und verdonnerte einen armen Teufel, der Brot gestohlen hatte, zu einem Jahr Gefängnis. (Er sagte, es wäre Diebstahl im Rückfall gewesen.)

„Irren ist menschlich!" — sagte derselbe Richter und sprach einen Grafen frei, der einen Mord begangen hatte. (Der Ermordete war nämlich nur ein Proletarier gewesen, der im Walde Brennholz gesucht hatte, der Wald gehörte aber dem Grafen.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220803-11/fragment/page=0008